

Reader

Glück für alle durch Rohstoffexporte? Extraktivismus in Lateinamerika

**Seminar
München 29.11.2014**

Veranstaltet von:

**Öku-Büro München,
Bundescoordination Internationalismus (BUKO),
Lateinamerika-Arbeitskreis (LAK) des Nord Süd Forums München,
Münchner AK Menschenrechte in Kolumbien,
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL).**

Leseempfehlungen zu den Referaten

Extraktivismus

Simplex Freund-Feind-Denken

Wer linke Kritik am Ressourcenextraktivismus in Lateinamerika ablehnt, macht es sich zu einfach

Ulrich Brand und Kristina Dietz

ak – analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 587

Kolumbien

Schleichkatze auf Hochtouren

Matthias Schreiber

iz3w 334 Sept./Okt. 2014 (Langfassung von www.iz3w.org)

Venezuela

Zwölf Jahre Chavismus in Venezuela - Versuch einer realistischen Bilanz

Raul Zelik

Le Monde diplomatique Nr. 9494 vom 13.5.2011

Rolle des globalen Nordens

Ressourcen für Europa

Die Rohstoffstrategien der EU und Deutschlands gehen auf Kosten des globalen Südens

Tobias Lambert

Der Neue Extraktivismus –

Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika
2012 FDCL e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Debatte, Alternativen

Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung

Eduardo Gudynas

Der Neue Extraktivismus –

Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika
2012 FDCL e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Simplex Freund-Feind-Denken

Wer linke Kritik am Ressourcenextraktivismus in Lateinamerika ablehnt, macht es sich zu einfach

Ulrich Brand und Kristina Dietz

Mitte August entschied Ecuadors Präsident Rafael Correa, das Öl im Yasuní-Nationalpark im amazonischen Tiefland zu fördern – trotz aller Proteste und einer beachtlichen gesellschaftlichen Mehrheit, die die Ausbeutung der Ölreserven in diesem Regenwaldgebiet ablehnt. Damit endet vorerst ein viel beachteter Gegenentwurf zum fossilen Kapitalismus. Dieser bestand darin, gegen Zahlungen aus dem Norden die im Nationalpark Yasuní vorhandenen Erdölvorkommen nicht zu fördern. Ziel war der Schutz eines biologisch hochsensiblen Ökosystems und der dort lebenden indigenen Menschen sowie die Formulierung und Umsetzung einer Praxis »nach dem Öl«. (Siehe ak 572)

Mit dieser Entscheidung werden die Widersprüche des aktuellen, vornehmlich auf Ressourcenextraktion beruhenden Entwicklungsmodells in Lateinamerika auf eine neue Stufe gehoben. Seit der Ankündigung Correas, das Öl im Yasuní zu fördern, wird in unterschiedlichen Orten Ecuadors dagegen protestiert. Die Antwort der Regierung hierauf sind Repression, gesellschaftlicher Ausschluss und massive Einschränkungen politischer Rechte. Jugendlichen wird gedroht, bei Beteiligung an Demonstrationen nicht an den Universitäten zugelassen zu werden, und jüngst wurden die Vorstellung und der Verkauf eines Buchs gerichtlich gestoppt, in dem über die Ermordung von Mitgliedern einer indigenen Gruppe im März dieses Jahres im Yasuní berichtet wird.

Diese Ereignisse lassen sich als Teil einer »lateinamerikanischen Paradoxie« interpretieren. Zwar stehen die progressiven Regierungen nach jahrzehntelanger neoliberaler Strukturanpassung für die Rückkehr des in die Wirtschaft intervenierenden und umverteilenden Staates und ausgeweitete Sozialpolitik. Gleichzeitig vertiefen sie jedoch die Abhängigkeit von Rohstoffexporten, die in den Ländern Lebenswelten zerstören und immer größere Teile der Bevölkerung in die Abhängigkeit von staatlichen Sozialprogrammen treiben. Die wachsenden innergesellschaftlichen Debatten und Proteste drehen sich genau darum, wie Sozialleistungen nachhaltiger aus anderen Quellen finanziert werden können als aus Bergbau und Ölförderung. Damit soll unter anderem statt der Abhängigkeit von den weltmarktdiktieren Rohstoffpreisen wirkliche nationale oder regionale Souveränität erreicht werden. Darüber hinaus geht es um die Umverteilung von Reichtum, Landbesitz und Produktionsmitteln, um statt Abhängigkeit von staatlichen Sozialhilfeprogrammen Emanzipation zu ermöglichen.

Diese Paradoxie hat viel mit Kapitalismus zu tun, nämlich mit relativ hohen Weltmarktpreisen für Rohstoffe, mit der starken Nachfrage in den Industrie- und Schwellenländern. Und es hat viel mit progressiven Regierungen zu tun, welche die Umverteilungsspielräume nutzen. Doch bislang verhindert dieser als Neo-Extraktivismus bezeichnete Entwicklungsweg den Umbau zu einer Wirtschaftsstruktur, die weniger vom kapitalistischen Weltmarkt abhängt, sondern in der Binnenmarkt und solidarische Ökonomie eine zentrale Rolle spielen und in der sozial-ökologische Fragen ernst genommen werden. Letztere sind nicht der Spleen von Öko-Freaks aus dem Norden, wie jüngst Benjamin Beutler in einem Artikel für die junge Welt formulierte,¹ sondern Überlebensfragen. Wo Gold abgebaut wird, sind Flüsse kontaminiert, ganze Landstriche kaputt, ist ein gutes Leben kaum mehr möglich. Und die Welt benötigt kein Gold: Der Großteil verschwindet in irgendwelchen Tresoren, für High-Tech-Produkte ist längst genug vorhanden.

Denunziation der Arbeit des RLS-Andenbüros

Wie gehen wir als europäische Linke politisch mit dieser Paradoxie um? Wie positionieren wir uns gegenüber den sich zuspitzenden Kontroversen vor allem in jenen Ländern, deren Regierungen mit emanzipatorischen Transformationsversprechen angetreten sind und nun bisweilen Autoritarismus verkörpern?

Im linken politischen Spektrum ist hierzu eine Haltung weit verbreitet (die wir nicht für links im Sinne von emanzipatorisch halten), nach der eine scharfe wie solidarische Kritik an politischen Entscheidungen und Handlungen progressiver Regierungen in der Region, insbesondere jener in Venezuela, Bolivien und Ecuador, als konterrevolutionär eingestuft wird. Das Motto ist einfach: wenn du nicht mein Freund bist, bist du mein Feind. Politische GegnerInnen werden so zu Feinden, KritikerInnen zu Werkzeugen des Imperialismus oder der rechten Eliten.

Diese Haltung spiegelt sich in dem oben zitierten Artikel Beutlers. In diesem Artikel beschäftigt sich der Autor mit zwei Interviews, die mit der Leiterin des Andenbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) – Miriam Lang – mehr als drei Monate zuvor in La Paz geführt wurden und in denen sie sich zu den Ambivalenzen eines rohstoffbasierten Entwicklungswegs, äußert.² Beutler interpretiert Langs Darstellungen so, dass sie den Linksregierungen »per Handstreich den falschen Entwicklungsweg« unterstelle.

Er schätzt die Debatte mit progressiven Regierungen in den Andenländern und die Bezugnahme darauf hierzulande so ein: »Wachstum und Entwicklung werden nicht als Bedrohung abgelehnt, sie sind Überlebensfragen. Statt konstruktiver Solidarität mit der Verstaatlichung von Bodenschätzen und Ermunterung zur Umverteilung der Rohstoff-Rente durch Sozialprogramme an die Ärmsten gibt es von der RLS schlechte Ratschläge.« Von diesen, so deutet er am Ende seines Beitrags an, profitiere letztendlich die Rechte, die sich bereits die Hände reibe.

Was aber motiviert Benjamin Beutler eigentlich zu seinem Beitrag? Die zunehmenden innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konflikte in den Andenländern um Fragen gesellschaftlicher Entwicklung, Demokratie und Naturausbeutung sowie die teilweise repressiven Antworten der progressiven Regierungen hierauf sind es offenbar nicht, denn die werden den LeserInnen vorenthalten. Uns drängt sich daher der Eindruck auf, dass er seinen Artikel mit der Intention verfasst hat, die Arbeit des Andenbüros der RLS zu denunzieren.

Aus einer emanzipatorischen linken Perspektive halten wir Beutlers Interpretationen sowie die oben erwähnte Position für gefährlich – ohne damit die Gefahren, die von der politischen Rechten innerhalb der genannten Länder ausgehen, negieren zu wollen. Das Schwarz-Weiß-Denken ist funktional für die Rechte und ein Desaster für solidarische Kritik, welche nicht die Errungenschaften der letzten Jahre infrage stellt, aber Auswege aus dem extraktivistischen Modell sucht. Auswege, die einen Umbau der Produktions- und Lebensweise im globalen Norden beinhalten.

Der Neo-Extraktivismus ist auch vor Ort höchst umstritten

Wir formulieren unsere Position auf der Grundlage jahrelanger Forschungen in und zu Lateinamerika. Gleichzeitig bewegen wir uns wissenschaftlich und politisch im Umfeld der RLS. Dadurch wissen wir sehr gut, dass gerade die RLS sich gegen diese falschen Frontlinien stellt. Im Gegenteil, mit ihrer Arbeit schafft sie in der Andenregion ein plurales Forum für Debatten, in denen um die aktuellen und künftigen Dynamiken gesellschaftlicher »Entwicklung« höchst kontrovers gestritten wird. Aus einer linken Perspektive, die es ernst meint mit Demokratie, sozio-ökonomischem Fortschritt, ökologischen Fragen und dem Abbau von Herrschaftsverhältnissen und sozialen Ungleichheiten kann ein solches Öffnen

von Räumen gar nicht hoch genug bewertet werden. Diese Räume fehlen nämlich dringend.

Die im Untertitel des Artikels von Benjamin Beutler formulierte Annahme, dass in Bolivien die Ausdehnung der Gas- und Ölförderung sowie des Bergbaus unverzichtbar für Armutsreduzierung, Industrialisierung und Souveränität seien, ist in den Ländern selbst – hierauf verweisen die aktuellen Entwicklungen in Ecuador – extrem umstritten.

Der junge-Welt-Autor ignoriert völlig, dass der neo-extraktivistische Entwicklungsweg gleichzeitig attraktiv und hochgradig umstritten ist – und zwar in Lateinamerika selbst. Sein undifferenzierter und diffamierender Artikel reproduziert einen alten Topos. Die soziale Wirklichkeit wird negiert und – so Klaus Meschkat an anderer Stelle – »man identifiziert sich wieder einmal mit Staatsführungen und staatstragenden Parteien, weil sie den real möglichen Fortschritt erkämpfen wollen«.³

Kritik, linke Bewegungen und Widerstand schaden da nur. Wir benötigen aber das Gegenteil: die Anerkennung der Widersprüche, der linken Kritik in den Ländern, um eben nicht genutzte Spielräume auszuloten und die vielfältigen Probleme auch wirklich anzugehen. Wir benötigen die Öffnung von Diskussionsräumen, nicht deren Schließung.

Dieser Text erschien auch in: ak – analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 587 (15.10.2013)

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, Kristina Dietz arbeitet zu politisch-ökologischen Fragen in Lateinamerika an der FU Berlin. Beide sind Mitglied einer internationalen Forschungsgruppe zum Thema Ressourcenextraktivismus in Lateinamerika.

Anmerkungen

1. »Kein guter Rat für La Paz«, junge Welt vom 14.8.2013.
2. Bei dem einen Gespräch handelt es sich um ein Radiointerview, das im Morgenprogramm Mapamundi, einem populären Bildungsradios in La Paz, ausgestrahlt wurde, bei dem anderen um ein Interview mit der bolivianischen Tageszeitung »La Razón«, das am 19. Mai 2013 erschien.
3. Klaus Meschkat: Buen Vivir als partizipativer Gegenentwurf. In: LuXemburg 16, 2/2013.

Kolumbien:

Schleichkatze auf Hochtouren

Von Matthias Schreiber

Der Friedensprozess in Kolumbien stößt weiter auf große Hindernisse

Im Juni wurde Kolumbiens Präsident Santos für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Seine Friedensgespräche mit der Guerilla und das Opferentschädigungs- und Landrückgabeprogramm sind wichtige Schritte hin zu Frieden. Doch Menschenrechte werden noch immer massiv verletzt und die Wirtschaftspolitik schürt Ungleichheit.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Am Ende war es die versammelte Linke Kolumbiens, die Juan Manuel Santos Calderón am 15. Juni seine zweite Präsidentschaft sicherte. Ausgerechnet Santos. Jenem ehemaligen Minister, in dessen Zeit als Chef des Verteidigungsressorts unter Präsident Álvaro Uribe Vélez Militär und Polizei den Großteil der aktuell über 4.700 dokumentierten außergerichtlichen Hinrichtungen[i] verübten, einige der furchterlichsten Menschenrechtsverletzungen staatlicher Sicherheitskräfte überhaupt. Jenem Hardliner, für den vor vier Jahren noch Uribe als Anführer der ultrakonservativen Rechten kräftig die Wahlkampftrommel gerührt hatte.

Ihren Ausgang nahm die bemerkenswerte Allianz zwischen dem Amtsinhaber und der Linken vier Monate zuvor. In einem epischen Medienkrach hatte Expräsident Uribe seinem Parteifreund und Nachfolger Santos schon länger den Laufpass gegeben, vor allem weil er dessen seit 2012 gültiges Gesetz für Opferentschädigung und Landrückgabe und die im selben Jahr begonnenen Friedensgespräche mit den FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), Kolumbiens größter und ältester Guerrilla, rundweg ablehnte. 2013 gründete er später mit dem Centro Democrático Mano Firme Corazón Grande auch seine eigene Partei. Bei den Parlamentswahlen Anfang März 2014 zog der umtriebige und in vielen Regionen Kolumbiens noch immer äußerst populäre Uribe schließlich als Anführer der zweitstärksten Fraktion triumphal in die Senatskammer ein. Nur Santos' Hauspartei Partido Social de Unidad Nacional landete noch knapp davor.[ii]

Nur wenige Tage vorher hatte der Expräsident mit seinem früheren Finanzminister, dem weitgehend unbekanntem Óscar Iván Zuluaga Escobar, auch einen eigenen Präsidentschaftskandidaten für sein Centro Democrático gekürt. Ihm selbst hatte das Verfassungsgericht schon 2010 eine weitere Kandidatur für das höchste Staatsamt verboten. Zwar genoss Santos' Politik zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr die vormals astronomischen Zustimmungswerte um die 80 Prozent, seine Wiederwahl schien bei immer noch soliden 40 bis 50 dennoch nur Formsache.

Allenfalls im Ansatz können sich auch heute viele BeobachterInnen erklären, was in Folge dieser Vorgänge geschah. In einem Wahlkampf, der über weite Strecken geradezu langweilig dahin plätscherte, rückte fortan der sich bieder gebende Zuluaga Woche für Woche immer stärker in den Meinungsumfragen zu Santos auf. Nach oben spülte ihn wohl nicht zuletzt die Heckwelle des medial omnipräsenten Uribe: Ununterbrochen beschwor der Expräsident, dessen Vater mutmaßlich von den FARC erschossen worden war, in jedes Mikrofon sein Mantra, allein militärische Härte könne dem Land Frieden bringen und es von „NarcoterroristInnen“ – gemeint sind die in den Kokainhandel verstrickten Guerrilla-Gruppen – befreien. Und immer wieder wütete er in wilden Tiraden gegen den

Amtsinhaber, dieser kaufe Stimmen, erhalte Gelder aus dem Drogengeschäft und veruntreue Steuermittel für seine Wahlkampagne. Die große Unterstützung, die Uribe (und Zuluaga) in Teilen von Polizei und Militär für ihren Kurs der eisernen Hand erhalten, dürfte ihr Übriges zur Aufholjagd des Herausforderers beigetragen haben. Fast 470.000 aktive Sicherheitskräfte plus Familien sind keine kleine Gruppe potenzieller WählerInnen – die unzähligen VeteranInnen, organisiert etwa im einflussreichen Ehemaligen-Verband Acore (Asociación Colombiana de Oficiales en Retiro de las Fuerzas Militares), hier noch gar nicht mitgezählt.

Dennoch unerwartet gelang es Zuluaga Santos im ersten Wahlgang Ende Mai sogar mit 29 zu 26 Prozent der Stimmen als Verlierer in die Stichwahl zu schicken. Die Wahl wurde damit doch noch zu einer Abstimmung für oder gegen die Friedensgespräche mit der Guerrilla. Sie hatten, das ist erstaunlich, bis dahin nicht die alles überragende Rolle im Wahlkampf gespielt.

Geeint in der Hoffnung auf einen Friedensvertrag – und der Furcht vor einer Rückkehr zur militärischen Eskalation unter einem Präsidenten Zuluaga – gaben sich die linkspolitischen Strömungen Kolumbiens von nun an so geschlossen wie selten: Nicht nur hunderte Gewerkschaften, Opferorganisationen oder Künstler wie Fernando Botero, sondern auch die in der ersten Runde unterlegenen KandidatInnen Enrique Peñalosa Londoño von der Alianza Verde und Clara López Obregón vom Polo Democrático[iii], die Unión Patriótica, die Marcha Patriótica, sogar die Kommunistische Partei, Gustavo Petro Urrego, der von Santos erst entlassene und dann wieder eingesetzte Bürgermeister Bogotá, und Antanas Mockus Šivickas, Santos' alter Mitbewerber von 2010 – sie alle riefen ihre UnterstützerInnen vor der Stichwahl auf, für den Amtsinhaber zu stimmen.

Mit knapp 51 zu 45 Prozent kam Santos mit einem blauen Auge davon. Auf ihn warten nun gewaltige Aufgaben: Er muss die vielen von der Politik Enttäuschten zurückgewinnen, brachte doch der erste Wahlgang eine historisch niedrige Stimmbeteiligung von 40 und auch der zweite nur knapp 48 Prozent. Vor allem aber muss er die fast sieben Millionen WählerInnen Zuluagas von seinem Friedenskurs überzeugen und ein in Fragen der Konfliktlösung so stark wie nie zuvor gespaltenes Land versöhnen.

Wirtschaftswunder dank Rohstoffplünderung

Als Expräsident Uribe gerade seinen Präsidentschaftskandidaten Zuluaga in Stellung brachte, da beklatschte Regionalgouverneur Sergio Fajardo Valderrama auf Kolumbiens größter Baustelle eine „Verneigung“ vor der Ingenieurskunst. Anfang Februar 2014 wurde im Norden des Departements Antioquia, zwischen den Steilhängen der westlichen und zentralen Andenkordillere der Cauca-Fluss nach über vier Jahren Bauzeit auf rund einem Kilometer Länge in Gebirgstunnel umgeleitet. Im trockengelegten Bett des zweitgrößten Stroms des Landes wird ab sofort die Riesentalsperre Hidroituango (auch Pescadero Ituango) errichtet. 2018 soll das über einen 3.800 Hektar großen Stausee betriebene Wasserkraftwerk ans Netz gehen.

Es ist ein nationales Vorzeigeprojekt. Der 5,5 Milliarden US-Dollar teure Megabau, errichtet unter maßgeblicher Beteiligung des brasilianischen Bauriesen Camargo Corrêa, produziert mit einer Leistung von 2.400 Megawatt ab 2024 so viel Energie, dass damit ein Fünftel des landesweiten Bedarfs gedeckt wäre. Keine vergleichbare Anlage in ganz Europa kann mit diesen Werten mithalten. Geht es nach den (staatlichen) Mehrheitsgesellschaftern – neben der Regionalregierung Antioquia der kommunale Energieerzeuger Empresas Públicas de Medellín (EPM) – wird der gewonnene Strom aber

vor allem nach Zentralamerika exportiert. Die Botschaft ist klar: Mit Kolumbien kann die Welt(wirtschaft) in Zukunft rechnen.

International hat die Regierung Santos neben der Friedenspolitik vor allem für ihre Wirtschaftsbilanz viel Beifall bekommen. Seit ihrem Amtsantritt 2010 wächst die Gesamtwirtschaftsleistung jährlich um vier Prozent oder mehr. Die Erlöse aus Waren- und Dienstleistungsexporten sind seitdem gar um 45 Prozent auf 66,9 Milliarden US-Dollar 2013 gestiegen, fast 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und mit 16,8 Milliarden US-Dollar – das Zweieinhalbfache von 2010 – investierte das Ausland 2013 zuletzt so viel in die kolumbianische Wirtschaft wie noch nie. Für ein Land, das noch immer einen Krieg im Innern führt, beeindruckende Zahlen. Sie haben Kolumbien nicht nur einen Platz unter den sogenannten „Schleichkatzen“- oder CIVETS-Staaten^[iv] eingebracht, neuen Schwellenländern, denen besonders glänzende ökonomische Zukunftsperspektiven bescheinigt werden. Seit 2013 verhandelt die Regierung auch mit der OECD über eine Vollmitgliedschaft.

Das Zerwürfnis des Santos- und Uribe-Lagers muss aus dieser Perspektive überraschen. Schon aufgrund ihrer Herkunft stehen der eine wie der andere wie kaum jemand sonst für Kolumbiens Wirtschaftselite: Uribe als Sohn einer ebenso wohlhabenden wie erzkonservativen Großgrundbesitzerfamilie aus Antioquia; Santos als Sprössling einer liberalen Familien-Dynastie von Expräsidenten und Verlegern aus der Stadt-Bourgeoisie Bogotás, der mit El Tiempo bis 2007 über Jahrzehnte die größte Tageszeitung des Landes gehörte.

Als Präsidenten haben beide das jüngste Wachstum erst angekurbelt und Kolumbien für den weltweiten handelspolitischen Zeitgeist geöffnet: Sieben Freihandelsverträge hat der aktuelle Amtsinhaber bisher unterzeichnet, unter anderem mit der EU, elf sein Vorgänger, darunter das Abkommen mit dem wichtigsten Handelspartner USA. 2012 rief Santos die sogenannte „Pazifikallianz“ (Alianza del Pacífico) mit Mexiko, Chile, Perú und Costa Rica ins Leben, die in erster Linie den Handel untereinander und mittelfristig auch nach Asien beleben soll. Uribe führte Kolumbien zuvor in das sogenannte „Mesoamerika-Projekt“ (Proyecto Mesoamérica) und die Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas (Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana), beides regionale Partnerschaften, die länderübergreifend Großprojekte etwa in der Infrastruktur vorantreiben.

Bei einem Großteil der Bevölkerung kommt vom Wachstum indes nur wenig an: Mit einem GINI-Index von 0,54 war in Kolumbien auch 2013 Besitz und Einkommen so ungleich verteilt wie nur in wenigen Staaten Lateinamerikas, der ungerechtesten Region der Erde. Auch wenn die Zahlen zuletzt gesunken sind, lebt nach wie vor fast ein Drittel der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze von weniger als 107 Dollar pro Kopf und Monat. Auf dem Land sind es – bei einer deutlich niedrigeren Schwelle von 71 US-Dollar – sogar 43 Prozent.

Verwundern sollte dies kaum. Denn die Wirtschaft wächst vornehmlich in Sektoren, die davon leben, nachwachsende, fossile und mineralische Rohstoffe auszubeuten. Deren Ausfuhr erzielt allein 80 Prozent aller Exporterlöse. Wie kein anderer Zweig floriert dabei speziell die von Präsident Santos zur „Entwicklungslokomotive“ gekrönte Öl- und Bergbau-Industrie. Eine Branche, die so, wie sie im Moment verfährt, zwar häufig große Landflächen besetzt und riesige Finanzmittel verschlingt, aber gleichzeitig für verhältnismäßig wenige Arbeitsplätze und öffentliche Einnahmen sorgt – ganz abgesehen von den endlos dokumentierten Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die

hier offenkundig zum Geschäft gehören wie der Schlägel zum Eisen. Seit 2010 ist der Sektor im Jahresschnitt um neun Prozent und damit mehr als doppelt so stark wie die Gesamtwirtschaft gewachsen. Er allein absorbiert heute fast die Hälfte der Auslandsinvestitionen. Und seine Erzeugnisse generieren schon über drei Viertel der Exporteinnahmen – allen voran Öl, Kohle und Gold, die zuletzt zu 62, 93 beziehungsweise 99 Prozent nur gefördert wurden um sie anschließend ins Ausland zu verkaufen. Für Deutschland etwa ist Kolumbien aktuell der wichtigste Steinkohlelieferant.

Besonders im Bergbau zeigen sich auch so deutlich wie nirgend sonst die Parallelen zur Wirtschaftspolitik der Regierung Uribe: Leitete dieser mit der Vergabe von fast 7.000 Schürflizenzen den Mineralien-Boom in seiner achtjährigen Amtszeit ein, setzte ihn Nachfolger Santos mit etwa 2.000 genehmigten Konzessionen in zwei Jahren[v] nahtlos fort. Schon heute kann dank wenigstens 10.890 Lizenzen auf 8,5 Millionen der 114 Millionen Hektar großen Festlandsfläche Kolumbiens geschürft und gegraben werden. Zusätzlich erklärte die Regierung Santos 2012 noch einmal 20,5 Millionen Hektar Land zu „strategischen Bergbaugebieten“ der Branche. Dies, obwohl Kontrollbehörden wie der Nationale Rechnungshof wiederholt aufs Schärfste anmahnten, dass die staatlichen Institutionen, die den Sektor eigentlich überwachen sollen, aufgrund der völlig entfesselten Konzessionsschwemme mit ihrer Aufgabe komplett überfordert seien. Obwohl selbst die für die Lizenzvergabe zuständige Nationale Bergbauagentur (Agencia Nacional de Minería) feststellte, dass von den behördlich als aktiv registrierten Minen 63 Prozent überhaupt keine Genehmigungen besitzen. Und obwohl Umweltbehörden für gerade einmal sechs Prozent der lizenzierten Schürffläche irgendeine Art von Erlaubnis erteilt haben, ja sich von den „strategischen Bergbaugebieten“ der Regierung sogar über acht Millionen Hektar in Umwelt- und Naturschutzparks der Amazonas-Region befinden. Sicherheit = Wohlstand = Frieden?

Viel Hehl aus der Nähe zum politischen Kurs seines Vorgängers hat Santos nie gemacht. Nicht umsonst überschrieb er 2010 den Nationalen Entwicklungsplan, sozusagen der Koalitionsvertrag der Regierung, mit dem Leitmotiv „demokratischer Wohlstand“ (prosperidad democrática). Unüberhörbar hallt hier rhetorisch Uribes Politik „demokratischer Sicherheit“ (seguridad democrática) nach – jene Doktrin, die zwischen 2002 und 2010 Verteidigungshaushalt und Personal in Polizei und Armee nahezu verdoppelte, ZivilistInnen massiv in Militäraktionen einzubinden begann und zehntausende Paramilitärs derart lückenhaft demobilisierte, dass tausende Altmitglieder heute weiter in neuen Verbänden operieren können. Man kann Santos' Wortspiel auf zweierlei Weise lesen: Als Abkehr von Uribes Sicherheits-, nicht aber seiner Wirtschaftspolitik – oder als Bekenntnis zur Kriegsstrategie des alten Präsidenten, die dem neuen als Fundament seines Wachstumsplans dient.

Ohne Frage, mit dem Opferentschädigungs- und Landrückgabe-Gesetz von 2012 ging die Regierung Santos – trotz vieler Detailschwächen – einen historischen Schritt auf die zahllosen Leidtragenden des bewaffneten Konfliktes zu. Mittlerweile leben über 5,9 Millionen Binnenvertriebene in Kolumbien, nur in Syrien waren es 2013 mit mindestens 6,5 Millionen noch mehr. Mit dem Gesetz will die Regierung unter anderem wenigstens einen Teil der geschätzten 6,6 bis 10 Millionen Hektar Land zurückgeben, die ihren rechtmäßigen EigentümerInnen gestohlen worden sind.

Dass sie sich seit ihrer Amtsübernahme ebenfalls um den Dialog mit den Guerilla-Gruppen im Land bemüht, verdient nicht weniger Anerkennung. Mit den FARC verhandelt sie bereits offiziell seit Oktober 2012. Mit dem kleineren ELN (Ejército de Liberación Nacional) führt sie seit Anfang des Jahres Sondierungsgespräche.

Einen Waffenstillstand für die Dauer ihrer Verhandlungen haben FARC und Regierung nicht vereinbart. Die staatlichen Sicherheitskräfte gehen deshalb nach wie vor mit aller Härte gegen die Guerrilla vor. Mit gezielten Tötungen, Entführungen, Vertreibung, dem Einsatz von Landminen und der Rekrutierung von KindersoldatInnen bricht sie ihrerseits weiter ohne Unterlass das Völkerrecht. Davon unbehelligt beraten Delegationen beider Seiten gleichzeitig in Kubas Hauptstadt Havanna – überwiegend hinter verschlossenen Türen. Wie und worauf sie sich konkret einigen, darüber wird deshalb außer ausführlichen Absichtserklärungen nichts vor Abschluss der Gespräche bekannt gegeben[vi]. Außenstehende wiederum können den Abgesandten lediglich per Website, an externen runden Tischen oder in öffentlichen Konferenzen Vorschläge zu den einzelnen Verhandlungspunkten unterbreiten. Nur einige wenige VertreterInnen der Zivilgesellschaft haben sie bisher nach Kuba eingeladen um deren Anliegen von Angesicht zu Angesicht zu hören.

Und dennoch lässt der bisherige Verlauf der Gespräche stärker als bei früheren Friedensversuchen auf Einigung hoffen. Bei sechs konkreten Verhandlungspunkten setzten sich die Delegationen nicht nur eine überschaubare Agenda, sondern erzielten auch schon Übereinkünfte in dreien. Beschlossen sind bereits eine „umfassende Landreform“ ohne Enteignungen, die Abkehr der Guerrilla vom „illegalen Drogenhandel“ einschließlich eines Förderprogramms für alternative Anbauprodukte sowie der Rahmen für die „politische Teilhabe“ künftiger Exguerrilleros, darunter etwa Sondersitze im Parlament für Konfliktgebiete und verbesserte Sicherheitsgarantien für soziale und politische Bewegungen. Umgesetzt aber werden die Teilvereinbarungen erst sobald ein kompletter Friedensvertrag steht.

Bis dahin müssen beide Seiten noch aushandeln, wie genau die Guerrilla entwaffnet, zukünftige Demobilisierte geschützt und wie dieser Prozess überwacht und überprüft werden soll. Vor allem aber müssen die Konfliktparteien festlegen, wie sie mit ihren Opfern umgehen, vergangene Verbrechen aufklären und MenschenrechtsverbrecherInnen in den eigenen Reihen bestrafen wollen. Hier setzten die FARC Anfang Juni zumindest ein Zeichen. Öffentlich erklärten Guerrilla und Kolumbiens Regierung da gemeinsam, die Rechte ihrer Opfer in den Verhandlungen garantieren zu wollen. Erstmals überhaupt räumten die FARC damit ein, dass auch ihr Konfliktgebaren Menschen zu Opfern gemacht hat. Ein klares Bekenntnis dazu, die Verantwortlichen für ihre Taten bestrafen zu wollen, scheuten sie allerdings.

An das abgemachte Stillschweigen über die Details der Gespräche und Vereinbarungen haben sich beide Seiten bisher ebenfalls gehalten – trotz teils massiver Differenzen zum Beispiel darüber ob ein landesweites Referendum über einen Friedensvertrag entscheiden soll, so der Wille der Regierung, oder er in eine neu auszuarbeitende Verfassung einfließt, wie es die FARC fordern. Und auch heftige Störgeräusche von außen konnten die Gespräche nicht kippen: Nicht die unsichere Zukunft der Verhandlungen im Falle einer Wahlniederlage von Präsident Santos. Nicht die nach wie vor großen Widerstände in Teilen der Bevölkerung gegen Zugeständnisse an die Guerrilla. Nicht einmal das im Februar bekanntgewordene Bespitzeln von Delegationsmitgliedern der Regierung durch AbhörspezialistInnen des Militärs. All das spricht für den ernsthaften Willen beider Seiten, sich zu einigen.

Das Risiko zu bleiben

Schon 2010, am Ende der Amtszeit Álvaro Uribe Vélez', versuchte die nationale

Tourismusbehörde in einer neuen Werbekampagne die Gefahr, Opfer gewaltsamer Übergriffe im Land zu werden, mit einem Kniff in die Vergangenheit zu schreiben. Ihr Slogan „Kolumbien – das Risiko ist, dass Du bleiben willst“ (Colombia, el riesgo es que te quieras quedar) sollte über den dezenten Fingerzeig auf eine verbesserte Sicherheitslage mehr ausländische TouristInnen, aber auch UnternehmerInnen und InvestorInnen ins Land locken. Das aphoristische Spiel mit dem bewaffneten Konflikt hat verfangen: Seit Jahren steigen die Zuwachsraten internationaler BesucherInnen mit jährlich sieben bis acht Prozent rasant an. Für Reisende aus dem Ausland mag in Kolumbien heute nur noch wenig Gefahr bestehen – das Sicherheitsrisiko vieler Einheimischer ist weiter immens hoch.

Achiles Alfaro Castillo sagt er habe alles verloren. Der Kleinbauer aus Mechoacán im Departement Cesar lebt heute in einer einfachen Hütte in der Gemeinde Bosconia, nicht einmal 100 Kilometer von seinem früheren Heimatdorf entfernt. Mit dem Verkaufen von Kaffee auf dem lokalen Markt hält er sich gerade so über Wasser. Anfang der 1990er Jahre hatte der kolumbianische Staat seiner und 132 anderen landlosen Familien rund 4.700 Hektar Ackerfläche in Mechoacán übertragen. Der Weiler liegt in der Kommune La Jagua de Ibérico, in der vermutlich auch die größten Kohlereserven auf dem südamerikanischen Kontinent lagern.

Zwischen 1999 und 2004 fielen Paramilitärs der örtlichen Juan Andrés Álvarez-Front mehrfach in das Dorf ein, ermordeten mindestens drei BewohnerInnen und vertrieben 33 Familien, darunter auch die von Achilles Alfaro Castillo. 2007 erwarb mit dem US-Familienunternehmen Drummond einer der größten Kohleförderer in Kolumbien, der in der Mine La Loma in unmittelbarer Nachbarschaft Mechoacáns bereits das schwarze Gold abbaute und nachweislich den Aufbau der paramilitärischen Einheit mitfinanzierte, fast das gesamte Land der Familien. Um den Kauf abzuwickeln wurden mehrfach Agrarbeamte und Notare bestochen, Unterschriften der EigentümerInnen und Urkunden gefälscht. Bezahlt hat Drummond für die Flächen höchstens Spottpreise – oder gleich gar nichts. 2010 begann der Konzern schließlich auch hier Kohle zu fördern. Seitdem Achilles Alfaro Castillos Familie zusammen mit anderen Vertriebenen vor ein paar Jahren angefangen hat, die Rückgabe ihres Landes in Mechoacán zu erwirken, haben Unbekannte und Mitarbeiter von Drummond ihm und den anderen wiederholt mit dem Tode gedroht, sollten sie nicht von ihren Forderungen absehen.[vii]

Mit ihren Gewalterfahrungen sind die Vertriebenen von Mechoacán nicht allein: Seit Beginn der staatlichen Landrückgabe-Initiative wurden der Menschenrechtsorganisation CODHES (Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento) zufolge allein 55 SprecherInnen von Gruppen, die geraubtes Land zurückfordern, ermordet. Über 1.000 Menschen, die selbst Landrückgabe-Prozesse angestrengt haben oder andere dabei unterstützen, haben aufgrund von akuten Drohungen Anträge auf sofortigen Schutz bei der zuständigen Nationalen Schutzstelle (Unidad Nacional de Protección) gestellt. Von den 54 SonderrichterInnen, die derzeit in diesen Verfahren entscheiden, erhalten mittlerweile 50 Schutzmaßnahmen der Behörde.

Dabei spiegelt die Gewalt im Zusammenhang mit Landrückgabe nur die allgemeine Menschenrechtssituation des Landes wider. 2013 wurden mindestens 14.782 Morde, 31 pro 100.000 Personen, begangen und 219.398 Menschen innerhalb der Grenzen Kolumbiens vertrieben[viii]. 2012 dokumentierten die Behörden mindestens 21.506 Verdachtsfälle sexueller Gewalt. Auch wenn die Zahlen zum Teil (leicht) rückläufig sind, kann von einem nahen Ende des Gesamtkonfliktes und der Menschenrechtsverletzungen angesichts dieser Auswüchse keine Rede sein. Zusätzlich zu ihrem Friedensdialog mit den

Guerrilla-Gruppen müsste die Regierung dafür auch die nach wie vor im Land aktiven paramilitärischen Verbände wirklich zerschlagen. Und sie müsste endlich wirksam gegen die überall grassierende Straflosigkeit vorgehen, die bei vielen Menschenrechtsverbrechen noch immer weit über 90 Prozent liegt.

Im Zweifelsfall scheint jedoch Wachstum Vorrang vor Schutz zu genießen. In den zwölf abgeschiedenen Gemeindebezirken am Unterlauf des Cauca, die unmittelbar an die Riesentalsperre Hidroituango grenzen, gehören Anschläge von FARC-Einheiten, Übergriffe von Paramilitärs und Gefechte mit Polizei und Militär seit über dreißig Jahren zum Alltag der FlussanwohnerInnen. Zum Teil ist die Region mittlerweile gar militärisches Sonderschutzgebiet, sogenannte „Konsolidierungszone“. Seit 2009 in dieser auch so schon angespannten Lage die Bagger anfangen zu rollen, haben zahlreiche Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen, BergarbeiterInnen und GoldwäscherInnen der Region immer wieder gegen das Monsterprojekt protestiert. Ihre Sorgen sind vielfältig: Umweltzerstörung; die Furcht um die eigene ökonomische Existenz; unzureichende Entschädigungen für durch Bauarbeiten erlittene Sachschäden; soziale Missstände wie die durch den Zustrom von rund 6.000 ortsfremden Arbeitern rasant gewachsene Prostitution vor allem Minderjähriger. Die Proteste beantworten die staatlichen Sicherheitskräfte regelmäßig mit Massenverhaftungen. Die Baustelle selbst wird derzeit von über 100 SoldatInnen bewacht. Zwischen 300 und 600 Personen gelten als durch Hidroituango vertrieben.

Robinson David Mazo und Nelson de Jesús Giraldo Posada haben als Fahrer und Sprecher der Ríos Vivos-Bewegung, einer örtlichen NGO, die regelmäßig über die Auswirkungen des Baus informiert, die Proteste unterstützt. Am 30. November beziehungsweise 17. September 2013 wurden sie von Unbekannten ermordet. Ein weiterer Vertreter der Organisation, Genaro Graciano, entging mit seiner Familie bei einem Bombenanschlag am 17. Oktober 2013 nur knapp dem Tod.

Zumindest im Fall Giraldo Posadas gelten Angehörige der paramilitärischen Urabeños als mögliche Täter. Sie hatten ihn, wie andere Mitglieder der Protestbewegung auch, wiederholt wegen ihres Engagements gegen das Wasserkraftwerk bedroht. Aufgrund dieser Übergriffe und infolge von Einschüchterungen durch örtliche Militär- und Polizei-Angehörige flüchtete Giraldo Posada zeitweise mit über 50 anderen Personen aus der Region auf das Gelände der Universität von Antioquia in Medellín, der Hauptstadt des Departements. Den mehrfach vorgebrachten Bitten der Vertriebenen um sofortigen Schutz sind die zuständigen Behörden selbst nach einer entsprechenden gerichtlichen Anordnung eine Woche vor Giraldo Posadas Ermordung nicht nachgekommen.[ix]

Ob die Guerrilla-Gruppen im Fall eines Friedensabkommens tatsächlich dauerhaft und vollständig entwaffnet und aufgelöst, ihre Mitglieder in das gesellschaftliche und politische Leben Kolumbiens reintegriert werden können, wird – wie der Erfolg der staatlichen Landrückgabe-Initiative – auch davon abhängen, inwieweit die Regierung bereit ist ihre Wirtschaftspolitik zu überdenken. Fast nirgends auf der Welt ist Land heute so ungleich verteilt wie in Kolumbien: Gerade ein Prozent aller LandeignerInnen besitzen 52 Prozent aller Privatflächen, 78 Prozent hingegen nur rund elf Prozent. Die jahrzehntelangen Konflikte darüber wie all die fruchtbaren, rohstoffreichen oder geographisch günstig gelegenen Ländereien Kolumbiens genutzt werden sollen, deren ungezügelter Raub, die damit verbundenen Gewaltexzesse und Menschenrechtsverletzungen – all das ist auch einem Modell geschuldet, das zum Vorteil Weniger die großflächige Ausbeutung von Land als Hauptnährer der nationalen Wirtschaft vorsieht. Darauf haben die zahlreichen sozialen Proteste von Kaffee-, Berg- und LandarbeiterInnen, indigenen Gruppen,

Kleinbäuerinnen und -bauern über das gesamte Jahr 2013 hinweg so deutlich wie lange nicht aufmerksam gemacht. Die Friedensverhandlungen mit den FARC werden diese Frage freilich nicht allein beantworten können.

Der Autor ist Mitglied der Kolumbien-Ländergruppe von Amnesty International Deutschland. Die im Text genannten Informationen und Positionen geben nicht notwendigerweise die Amnesty Internationals wieder, sondern allein die des Verfassers.

Anmerkungen:

[i] Viele dieser Verbrechen wurden als sogenannte falsos positivos („falsche Erfolgsmeldungen“) begangen. Angehörige der Streitkräfte hatten dabei ZivilistInnen, meist junge Männer, unter fadenscheinigen Versprechungen wie der Aussicht auf Arbeit an abgelegene Orte gelockt, sie dort heimtückisch ermordet, in Guerrilla-Uniformen gekleidet und anschließend als vermeintlich im Kampf gefallene KämpferInnen präsentiert.

Die Verbrechen hatten Methode: Über ein internes Belohnungssystem zahlte das Militär für jedes gefallene, angebliche Guerrilla-Mitglied ein Kopfgeld an die TäterInnen oder gewährte andere Vergünstigungen wie längeren Urlaub. Mittels der Anreize sollten die SoldatInnen dazu animiert werden, die Statistik militärischer Erfolge im Kampf gegen die Guerrilla-Gruppen „aufzubessern“.

[ii] Dem Partido Social de Unidad Nacional, 2006 von Santos selbst gegründet, gehörte zuvor auch Expräsident Uribe an. In Anlehnung an den Anfangsbuchstaben seines Nach- und den des Parteinamens wird die Partei deshalb im Volksmund auch häufig doppeldeutig als „U-Partei“, (Partido de la U) bezeichnet. In der RepräsentantInnen-Kammer des kolumbianischen Kongresses stellt sie im Endergebnis der Wahlen nach Stimmen ebenfalls die stärkste (nach Sitzen allerdings nur die zweitstärkste), Uribes neues Centro Democrático die vierthöchste Kraft.

Die Arbeit der Regierung Santos stützte sich in den vergangenen vier Jahren jedoch mit der Unidad Nacional auf eine Mehr-Parteien-Koalition. Neben dem Partido Social de Unidad Nacional gehörten dem Bündnis unter anderem Cambio Radical, die Liberale Partei (Partido Liberal) sowie die Konservative Partei (Partido Conservador) an. Letztere verabschiedete sich jedoch mit der Aufstellung Marta Lucía Ramírez de Rincóns, Verteidigungsministerin von 2002 bis 2003 in der ersten Amtszeit von Expräsident Uribe, als parteieigene Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen zumindest vorläufig aus dem Zusammenschluss.

Auch ohne die Konservative Partei verfügt die Unidad Nacional in der neuen Legislaturperiode über Mehrheiten in beiden Kongresskammern. Im Senat allerdings vereinen ihre drei Parteien nicht einmal die Hälfte der Stimmen auf sich, während die Rechte um Uribes Centro Democrático, die mutmaßlich paramilitärischen Gruppen nahestehende Opción Ciudadana und die Konservative Partei gleichzeitig allein 43 der 102 Sitze besetzt.

[iii] Der Polo Democrático rief seine UnterstützerInnen als Partei nicht geschlossen zur Wahl für Präsident Santos auf, sondern ließ ihnen freie Hand in ihrer Entscheidung – auch

innerhalb der Führungsspitze. Im Gegensatz zu Clara López sprachen sich einige prominente Vertreter wie der wortgewaltige Senator Jorge Robledo Castillo etwa dafür aus, den Stimmzettel leer abzugeben.

[iv] Englisch civet(s) für Zibetkatze(n), eine Schleichkatzenart (Viverridae). Als englisches Akronym steht CIVETS für die Staaten Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, Türkei und Südafrika.

[v] Zwischen Februar 2011 und Juli 2013 hatte die Regierung die Erteilung von Bergbaulizenzen ausgesetzt, um die fast 20.000 bis dahin eingegangenen Anträge abzuarbeiten und die für den Bergbau zuständige Behördenlandschaft umzustrukturieren.

[vi] Alle offiziellen Verlautbarungen, Beschlüsse und öffentlich gemachten Dokumente der Friedensgespräche sind verfügbar auf www.mesadeconversaciones.com.co.

[vii] Der Fall kann nachgelesen werden in: Pax (2014), The dark side of coal, Paramilitary violence in the mining region of Cesar, Colombia, Utrecht: Pax; Human Rights Watch (2013), The risk of returning home, Violence and threats against displaced people reclaiming land in Colombia, S. 145 – 147, New York: Human Rights Watch; www.ejatlaser.org/conflict/la-jagua-de-ibirico-cesar-vs-drummond-colombia.

[viii] Anzahl Binnenvertriebener 2013 laut CODHES. Die Organisation erfasst Binnenvertreibungen in einem eigenen Registrierungssystem seit 1985. Die Angaben des staatlichen Registers rangieren seit jeher teils drastisch unter den Angaben der NGO. Für 2013 gibt die Regierung je nach Quelle zwischen 142.181 und 189.219 Binnenvertreibungen und eine Gesamtzahl von 5,7 Millionen Binnenvertriebenen an.

[ix] Der Fall kann nachgelesen werden auf: www.ejatlaser.org/conflict/ituango-hidroelectrica-colombia; <http://debatehidroituango.blogspot.com>; www.amnesty.de/urgent-action/ua-266-2013/gemeindesprecher-ermordet; www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2013/071.asp; <http://business-humanrights.org>.

Quelle: iz3w 334 Sept./Okt. 2014

(Langfassung)

https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/344_uran/kolumbien

Zwölf Jahre Chavismus in Venezuela

Versuch einer realistischen Bilanz

von Raul Zelik

Auch zwölf Jahre nach dem Amtsantritt von Präsident Hugo Chávez fällt eine Bewertung der "bolivarischen Revolution" alles andere als leicht. Im November war im venezolanischen Staatsfernsehen ein Auftritt des Präsidenten zu sehen, der die widersprüchliche Lage gut illustriert. Wieder einmal zeigte sich Chávez in Angriffslaune:1 Mit einer Trainingsjacke in Nationalfarben bekleidet, attackierte er die bürgerliche Opposition und bezeichnete sie - obwohl die Rechtskoalition MUD bei den Parlamentswahlen im September 2010 nur 100.000 Stimmen weniger als die Regierungspartei PSUV erhalten hatte2 - als "Häuflein".

Plötzlich jedoch änderte Chávez den Tonfall und wandte sich an den neben ihm stehenden Vizepräsidenten Elias Jaua, der als bewegungsnaher junger Intellektueller gilt. Chávez erkundigte sich nach der Telefonnummer des Soziologen Javier Biardeau, der die Regierung am selben Tag in einem Zeitungsinterview scharf kritisiert(3) und ihr vorgeworfen hatte, einen "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" aufbauen zu wollen, ohne sich über das Desaster des alten Staatssozialismus Gedanken zu machen. Man reproduziere vertikale Führungsmodelle, anstatt jene partizipative Demokratisierung voranzutreiben, die doch eigentlich den Kern des bolivarischen Projekts ausmachen sollte. Auf eben diese Aussage nahm Chávez nun Bezug: "Mir gefällt die Kritik ... Javier, ich ruf dich an."

Die Bilder waren irritierend: Sollte man sich über die paternalistische Art des Präsidenten aufregen, der wieder mal mit einem Fingerzeig erklärte, worüber im Land diskutiert werden kann und worüber nicht? Oder sollte man positiv festhalten, dass er nach zwölf Jahren an der Macht radikaldemokratische Kritik immer noch ernst nimmt?

In den internationalen Medien fallen die Bewertungen des Chavismus fast immer eindeutig aus. Der Mainstream hält Venezuela für eine autoritäre Despotie; die kleinen linken Gegenmedien glauben, einen Sozialismus neuen Typs zu erkennen. Dass eine realistische Bilanz weniger eindeutig ausfällt, darf kaum überraschen.

Bei den Erfolgen der Chávez-Regierung ist an erster Stelle auf die Sozialreformen zu verweisen. Die Verarmung, die Venezuela in den 1990er Jahren erfasst hatte, ist gestoppt. Der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission Cepal zufolge ist der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung seit 1999 von 49 Prozent auf 28 Prozent zurückgegangen.(4) Auch die Einkommensungleichheit hat stark abgenommen: Den Cepal-Daten zufolge sank der Gini-Koeffizient(5) seit der Jahrtausendwende von 0,50 auf 0,41, womit Venezuela heute den niedrigsten Wert in Lateinamerika aufweist.

Der verrückte Chávez und der vernünftige Lula

Zurückzuführen sind diese Veränderungen auf die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Chávez-Regierung, die hunderttausende feste Beschäftigungsverhältnisse geschaffen und den Zugang zu öffentlichen Gütern, Gesundheits- und Bildungswesen mithilfe von Sozialprogrammen erleichtert hat. Kritiker weisen in diesem Zusammenhang zwar oft darauf hin, dass es für ein Erdölland ein Leichtes sei, kostspielige Sozialprogramme zu finanzieren. Doch genau das war Venezuela vor Chávez nicht mehr gelungen: Die Öleinnahmen verblieben damals im Staatsunternehmen PDVSA, das vom Management der politischen Kontrolle entzogen wurde.6

Zweitens hat die Chávez-Regierung nicht unerheblich dazu beigetragen, internationale Kräfteverhältnisse zu verschieben. Als der venezolanische Präsident Ende der 1990er Jahre von einer "multipolaren Weltordnung" sprach, hörte sich das weltfremd, fast ein wenig verrückt an.

Zehn Jahre später scheint die US-Vorherrschaft tatsächlich am Ende. Venezuela ist zwar sicher nicht Ursache dieser Kräfteverschiebung, hat aber immerhin wichtige Akzente gesetzt. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt startete die Chávez-Regierung eine Initiative zur Neuformierung der Opec. Deren Rückkehr zur Förderdisziplin trug 1999 bis 2000 wesentlich zum Anstieg des Ölpreises von 10 auf knapp 30 US-Dollar bei. Im Gegenzug eröffnete Venezuela lateinamerikanischen Staaten die Möglichkeit, Öl zu Vorzugspreisen zu beziehen. So erhalten heute viele Länder im Rahmen des Ölverbands Petrocaribe venezolanisches Öl deutlich unterhalb der Weltmarktpreise.(7)

Als indirekter außenpolitischer Erfolg kann auch die Gründung der südamerikanischen Staatengemeinschaft Unasur gelten. Venezuela schlug bereits 2001 vor, die Freihandelspläne Washingtons mit einer eigenständigen lateinamerikanischen Integration zu beantworten. Die 2004 gegründete Alba blieb in der Folge zwar auf die links regierten Länder beschränkt. Doch die Initiative wurde insofern aufgegriffen, als 2008 unter brasilianischer Führung die Unasur entstand. Dass die USA hier nicht vertreten sind, trug maßgeblich dazu bei, dass sich Unasur bei den Umsturzversuchen in Bolivien und Ecuador 2008 und 2010 klar hinter die US-kritischen Präsidenten Evo Morales und Rafael Correa stellte.

Die Darstellung westlicher Medien, die häufig zwischen dem "vernünftigen" Lula und dem "verrückten" Hugo Chávez differenzieren, geht in diesem Sinne an der Realität vorbei. In der Praxis herrschte zwischen den beiden Präsidenten eher eine Art Arbeitsteilung: Lula machte sich die Räume, die der polternde Antiimperialist Chávez eröffnete, systematisch zunutze.

Dabei steht allerdings außer Frage, dass die neue Autonomie Lateinamerikas nicht nur positive Seiten hat: Die Anbiederung an das theokratische Regime im Iran oder die Verbrüderung Chávez' mit dem Gaddafi-Regime in Libyen kann man nur als abstoßend bezeichnen. Doch das neue lateinamerikanische Selbstbewusstsein besitzt eben auch eine wichtige sozialpolitische Dimension. In den vergangenen Jahrzehnten zwangen die westlichen Industriestaaten - vermittelt über den IWF - Lateinamerika immer wieder eine neoliberale Politik auf. Ergebnis war eine neokoloniale Enteignung durch die Privatisierung öffentlicher Güter, der durch die neue lateinamerikanische Autonomie Grenzen gesetzt wurden.

Ein dritter Erfolg der Regierung Chávez ist die Verabschiedung der neuen Verfassung. Die Konstitution von 1999 ist gleich in mehrerer Hinsicht interessant: Anders als die EU-Verfassung wurde sie nicht von Technokraten und hinter verschlossenen Türen entwickelt, sondern ging aus einer gesellschaftlichen Debatte hervor. Zudem trägt sie klar progressive Züge: Soziale Rechte, öffentliches Eigentum und plebiszitäre Elemente wurden gestärkt, Venezuela als partizipative Demokratie definiert. Am wichtigsten ist jedoch, dass der Verfassungsprozess neue Wege der Veränderung aufzeigt und das Verhältnis von Kontinuität, Transformation und Bruch neu bestimmt hat. In Venezuela - Ähnliches gilt für Ecuador und Bolivien - fand der politische Wandel innerhalb bestehender Institutionen statt. Dennoch bedeutete die Verabschiedung der neuen Verfassung einen Bruch, durch den radikalere Veränderungen möglich geworden sind.

Viertens schließlich hat die Chávez-Regierung das neoliberale "Tina"-Credo ("There is no alternative") außer Kraft gesetzt. Ausgerechnet ein traditionell ineffizienter, klientelistischer Staat Lateinamerikas hat den Beweis erbracht, dass eine alternative Fiskal- und Sozialpolitik jederzeit möglich wäre. Dieser Politikwechsel war allerdings alles andere als einfach. Seit 2002 hat die rechte venezolanische Opposition immer wieder versucht, die Regierung Chávez mit Gewalt zu stürzen. Offensichtlich ist eine soziale Reformpolitik, anders als die europäischen Sozialdemokratien behaupten, also durchaus möglich. Es erfordert nur eben große Entschlossenheit, sie gegen herrschende Interessen durchzusetzen.

So weit die Erfolge: Doch was ist mit der Behauptung, in Venezuela entstehe ein "Sozialismus des

21. Jahrhunderts"? Die am häufigsten zu hörende Kritik, dass nämlich die Chávez-Regierung unabhängige Medien verfolge, hat mehr mit Propaganda als mit der Wirklichkeit zu tun. Anders als im Nachbarland Kolumbien müssen oppositionelle Journalisten in Venezuela nicht um ihr Leben fürchten, wenn sie sich mit dem Präsidenten anlegen. Und es ist auch nicht wahr, dass die venezolanische Regierung die "Simpsons" oder ganze Oppositionssender verboten hätte. Die Situation ist auch hier komplexer: Gegen die bürgerlichen Medienkonzerne, die über Jahre unverhohlen zum Aufstand gegen den - immerhin demokratisch gewählten - Präsidenten aufgerufen haben, hat die Regierung ein spezielles Mediengesetz in Stellung gebracht.

Dieses Gesetz, das offiziell dazu dient, Kinder vor der Darstellung von Gewalt und Sex zu schützen, lässt sich bestens im Kleinkrieg mit den Medien instrumentalisieren. Dass der Fernsehsender Televen 2008 gezwungen wurde, die "Simpsons" aus dem Kinderprogramm zu nehmen (woraufhin der Sender die pädagogisch wertvolle "Baywatch"-Serie ansetzte), war vermutlich der Ignoranz einiger Bürokraten geschuldet. Eindeutig politisch motiviert war hingegen das Urteil, mit dem ein Gericht in Caracas der Tageszeitung El Nacional im Wahlkampf 2010 die Abbildung von Leichen verbot. Mehrere Zeitungen hatten versucht, mit schockierenden Titelbildern auf die hohe Kriminalitätsrate im Land hinzuweisen.

Außer Frage steht, dass die Chávez-Regierung die Privatmedien mit allen Mitteln zu schwächen versucht. So wurde die Lizenz des Senders RCTV 2007 nicht mehr verlängert, und die oppositionellen Privatmedien erhalten kaum noch Werbeaufträge von der Regierung. Ob dadurch allerdings die Demokratie untergraben wird, muss man sehr infrage stellen. Immerhin sind die großen Medienkonzerne in der Regel alles andere als Garanten partizipativer Meinungsbildung. Außerdem muss man berücksichtigen, dass in Venezuela dank der neuen Mediengesetze seit 2000 mehr als 100 unabhängige Bürger- und Community-Radios entstanden sind, die zu einer demokratischen Meinungsäußerung sicher mehr beitragen als Kommerzsender.

Nicht diskutieren lässt sich hingegen darüber, dass die Entwicklung der Kriminalität einen Misserfolg für die Regierung Chávez darstellt. Obwohl die Sozialversorgung in den Armenviertel deutlich besser geworden ist, gehört Caracas weiter zu den gefährlichsten Städten der Welt. Das hat zwar auch mit den Aktivitäten kolumbianischer Narco-Paramilitärs(8) zu tun, die ihren Wirkungsbereich in den letzten Jahren nach Venezuela ausgedehnt und die organisierte Kriminalität dort massiv gestärkt haben. Doch entscheidender ist, dass der venezolanische Polizeiapparat offensichtlich selbst für einen beträchtlichen Teil der Verbrechen verantwortlich ist. Obwohl die Regierung Chávez seit Jahren an einer grundlegenden Polizeireform arbeitet,(9) ist die Lage nach wie vor dramatisch. Selbst die Leiterin des Reformprojekts, die renommierte Menschenrechtsaktivistin Soraya El Achkar, ist der Ansicht, dass man der venezolanischen Polizei in der heutigen Form nicht trauen könne.

Das gravierendste Problem Venezuelas ist jedoch, dass man bei den Hauptanliegen nicht vorangekommen ist: beim Aufbau einer partizipatorischen Demokratie und beim ökonomischen Umbau. Andrés Antillano, langjähriger Aktivist der Stadtteilbewegungen von Caracas, merkt kritisch an: "Die Sozialprogramme, die 2003 und 2004 Orte der Beteiligung waren, sind institutionalisiert worden. Viele Aktive sind Staatsangestellte geworden oder beziehen Regierungsstipendien. Auf diese Weise ist die politische Mobilisierung durch materielle Leistungen ersetzt worden. Und das führt wiederum dazu, dass in vielen Fällen Gehorsam belohnt und abweichende Meinungen bestraft werden."

Der zweite Apparat der Chavisten

Ähnliche Einwände äußert auch der Gewerkschafter Santiago Arconada.¹⁰ Er verweist auf die Oberflächlichkeit vieler Reformen. Im Bundesstaat Sucre sei der Polizei das Adjektiv "sozialistisch" verliehen worden, ohne dass es irgendeine strukturelle Reform gegeben hätte. Kaum besser sei die

Situation bei den Consejos Comunales: Nur fünf Jahre nach der Einführung der Bürgerräte seien diese von der Bevölkerung ähnlich weit entfernt wie traditionelle Gemeindeverwaltungen. Anstelle einer kommunalen Selbstverwaltung ist ein zweiter Repräsentationsapparat entstanden.

Anhänger des Chavismus erklären diese Entwicklung oft mit Überläufern aus dem alten Apparat. Doch nach zwölf Jahren lassen sich Probleme nicht mehr einfach mit vererbten Strukturen erklären. Edgardo Lander, einer der wenigen venezolanischen Intellektuellen, die die Regierung unterstützen, ohne die Kritik an ihr aufzugeben, präsentiert eine andere Erklärung: Der Chavismus begreife nicht, so Lander nach den für den Chavismus enttäuschend verlaufenen Parlamentswahlen(11) im September 2010, dass Selbstverwaltungsstrukturen eigenständig sein müssten. "Ist eine Demokratisierung ohne den Aufbau autonomer sozialer Organisationen denkbar? Ist sie denkbar, wenn gleichzeitig Gewerkschafts- und Volkskomitees durch Staats- und Parteistrukturen kolonisiert werden? Sind die Consejos Comunales der demokratische Organisationskern der gesamten Gesellschaft beim Aufbau neuer sozialer Beziehungen [...] oder sollen [sie] der Ort sein, an dem sich Anhänger des Chavismus organisieren, auch wenn dadurch die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen wird?"

Nicht minder beunruhigend ist die Entwicklung der ökonomischen Reformen. An den strukturellen Problemen Venezuelas hat sich seit 1999 nichts Wesentliches geändert. Rohstoffe machen nach wie vor 90 Prozent der Exporte aus, die Auslandsschulden sind seit 2002 von 35 Milliarden auf 66 Milliarden US-Dollar gestiegen.(12) Zudem muss Venezuela, obwohl man sich die Nahrungsmittelsouveränität groß auf die Fahnen geschrieben hat, weiterhin den Großteil seiner Lebensmittel importieren.(13)

Um die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Öleinnahmen zu verringern, startete die Chávez-Regierung 2005 eine groß angelegte Genossenschaftskampagne. Zehntausende Menschen wurden im Rahmen der Mission "¡Vuelvan Caras!" (etwa: "Wendet den Blick!") ausgebildet, um selbstverwaltete Betriebe und Kooperativen aufzubauen. 2007 musste das regierungsnahes Onlinemagazin Venezuelanalysis.com jedoch vermelden, dass von den registrierten 181 000 Kooperativen selbst nach offiziellen Statistiken mehr als 60 Prozent nur auf dem Papier existieren. (14) Die realen Zahlen dürften noch weit darunter liegen. Obwohl - oder gerade weil - der Staat großzügig Subventionen verteilt hat, ist kein tragfähiger Genossenschaftssektor entstanden.

Irritierend an diesen Beobachtungen ist letztlich nicht, dass Venezuela die schwierige politische und ökonomische Transformation bislang nicht gelungen ist. Warum sollte Venezuela die großen Fragen beantworten können, an denen der Sozialismus im 20. Jahrhundert überall gescheitert ist. Bedenklich ist, dass über die Schwierigkeiten bei der gesellschaftlichen Transformation nicht gesprochen wird. Unter großer Aufmerksamkeit der chavistischen Medien eröffnete das venezolanisch-iranische Joint Venture Venirauto 2007 bei Maracay eine Automobilfabrik.(15) Darüber, dass das Unternehmen in den vergangenen Jahren kaum Fahrzeuge hergestellt hat, und warum das so ist, hat man jedoch nichts mehr gehört und gelesen. Ähnlich auch der Fall der staatlichen Aluminiumwerke von Alcasa: Im Jahr 2005 feierlich in "revolutionäre Mitverwaltung" übergeben, wird der Betrieb heute wieder konventionell geleitet - ohne dass die Öffentlichkeit wüsste, was geschehen ist.

Verloren ist die venezolanische Sache dennoch nicht. Verglichen mit den staatssozialistischen Regimes des 20. Jahrhunderts ist Venezuela auch nach zwölf Jahren "bolivarischer Revolution" noch erstaunlich offen. Eine Demokratisierung von unten, wie sie in der Verfassung angelegt ist, ist immer noch möglich. Allerdings müssten dafür viele Dinge infrage gestellt werden: Die Fixierung auf Chávez müsste verringert, die klientelistischen Praktiken des Staatsapparats müssten bekämpft, politische Macht müsste an Consejos Comunales und andere Basisorganisationen übergeben und die Vergesellschaftung der Ökonomie langsamer, aber nachhaltiger und vor allem basisdemokratischer

organisiert werden. Die Herausforderungen für Venezuela sind nicht eben klein. Es kann sein, dass der Karibikstaat an seinen Zielen scheitert. Das Bemerkenswerte aber ist, dass man dort überhaupt das Ziel formuliert, Demokratie und Wirtschaft grundlegend anders zu gestalten.

Fußnoten:

- (1) Der Ausschnitt ist online zu sehen unter: www.youtube.com/watch?v=FfkoV_ONZlw.
- (2) Die PSUV erhielt etwa 5,4 Millionen Stimmen, der Oppositionsblock MUD 5,3 Millionen und die bis vor kurzem in der Regierung vertretene Mitte-links-Partei PPT weitere 350 000 Stimmen; vgl. Edgardo Lander, "¿Quién ganó las elecciones parlamentarias en Venezuela?", Caracas 2010, www.tni.org/sites/www.tni.org/files/Quién_ganó_las_elecciones_parlamentarias_en_Venezuela.pdf.
- (3) Das ganze Interview unter: www.rosalux.org.ec/index.php?option=com_rubberdoc&view=doc&id=28&format=raw.
- (4) Die Armut ist zwar auch im lateinamerikanischen Durchschnitt zurückgegangen, aber dort ist der Rückgang deutlich geringer ausgefallen: Die Vergleichszahlen liegen bei 44 Prozent und 33 Prozent. Vgl. Cepal-Bericht 2010: "Panorama social de América Latina 2010". Der statistische Annex online unter: www.eclac.org/publicaciones/xml/9/41799/PSE2010_AnexoEstadistico-Preliminar.xls.
- (5) Der Gini-Koeffizient gibt das Ausmaß ungleicher Einkommensverteilung an: 0 entspricht der perfekten Gleichheit (alle haben das gleiche Einkommen), 1 der völligen Ungleichheit (das gesamte Volkseinkommen gehört einer einzigen Person).
- (6) Vgl. Bernard Mommer, "Subversive Oil", in: Steve Ellner und Daniel Hellinger (Hg), "Venezuelan Politics in the Chávez Era", Boulder (Lynne Rienner) 2003, S. 131-146.
- (7) Sozialpolitik mit Erdöl hat Venezuela auch in den USA und Großbritannien betrieben. Das PDVSA-Tochterunternehmen Citgo versorgt seit 2006 mehr als 100 000 US-Haushalte, die über ein geringes Einkommen verfügen, mit bis zu 60 Prozent verbilligtem Heizöl; vgl. die Berichte unter: venezuelanalysis.com/tag/citgo. Mit der Labour-Stadtverwaltung von London vereinbarte die Chávez-Regierung 2007 zudem einen Tausch. Finanziert durch venezolanische Öllieferungen, senkten die Londoner Verkehrsbetriebe die Ticketpreise für Geringverdiener. Im Gegenzug entsandte der Labour-Bürgermeister Ken Livingstone Stadtplanungsexperten nach Venezuela (BBC News, 20. Februar 2007).
- (8) Der Begriff "Narco-Paramilitärs" verweist auf die amalgamische Verbindung von organisiertem Drogenhandel und politischer Gewalt. Die jüngsten Aussagen ehemaliger Paramilitärkommandanten belegen den seit langem gehegten Verdacht, dass der Dachverband der Paramilitärs (AUC) von der kolumbianischen Geheimpolizei DAS und den Streitkräften geführt wurde. Es scheint, dass auch die Verlagerung des Narco-Paramilitarismus nach Venezuela zumindest Anfang der 2000er Jahre von Teilen des kolumbianischen Staatsapparats gedeckt wurden.
- (9) Über den Reformprozess berichtet die Website www.consejopolicia.gob.ve/.
- (10) Santiago Arconada, "El otro diálogo", 2. Februar 2011, www.aporrea.org/ideologia/a116888.html.
- (11) Siehe Anmerkung 2, Edgardo Lander.
- (12) Siehe Anmerkung 4, Cepal-Bericht 2010, S. 105 und S. 164.
- (13) Nach Angaben der Wirtschaftszeitung "América Economía" beliefen sich die Importe 2010 auf mehr als 5 Milliarden US-Dollar: www.americaeconomia.com/negocios-industrias/importaciones-de-alimentos-en-venezuela-ascenderan-us6500m-en-2011.
- (14) Michael Fox, "Venezuela's Co-op Boom": www.venezuelanalysis.com/analysis/2393, 5. Dezember 2007.
- (15) Hier stellte sich zudem die Frage, warum ein Land, das alternative Entwicklungskonzepte verteidigt, eine nationale Automobilindustrie braucht. Raul Zelik ist Schriftsteller und Professor für Politik an der Universidad Nacional de Colombia in Medellín. Im Frühjahr erscheinen von ihm der Essay "Nach dem Kapitalismus. Perspektiven der Emanzipation" (VSA-Verlag) und der Erzählband "Berlin Tropikal" (Blumenbar-Verlag).

© "Le Monde diplomatique, Berlin

Le Monde diplomatique Nr. 9494 vom 13.5.2011, 535 Zeilen, Raul Zelik

Ressourcen für Europa

Die Rohstoffstrategien der EU und Deutschlands gehen auf Kosten des globalen Südens

Tobias Lambert

Die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist für Lateinamerika nichts Neues. Seit der Eroberung durch Spanien und Portugal dient der Kontinent als Lieferant von Rohstoffen. Länder wie Bolivien und Venezuela konnten in den vergangenen Jahren zwar die staatliche Kontrolle über die Rohstoffe sowie die Einnahmen aus den Erdöl- und Gasexporten deutlich erhöhen und in Sozialprojekte investieren. Dieser „Neue Extraktivismus“ hat jedoch nur kurzfristige Vorteile. Die Abhängigkeit von den Rohstoffen steigt, deren Ausbeutung wird durch die gerechtere Verteilung der Gelder wiederum stärker legitimiert und Kritik daran politisch marginalisiert (Gudynas 2009: 193 ff.; siehe auch Beiträge von Eduardo Gudynas in diesem Band).

Es sind jedoch nicht nur interne Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Ländern, die den Übergang hin zu einem Post-Extraktivismus erschweren. Nachgefragt werden die Rohstoffe zu einem großem Teil in den Ländern des globalen Nordens sowie China. Die häufig verheerende Menschenrechts- und Umweltbilanz fällt in den Förderländern an, während die sozialen Kosten im Preis eines Rohstoffes nicht abgebildet werden. Wenngleich rohstofffördernde Unternehmen überwiegend aus Ländern wie Kanada, den USA, der Schweiz oder China stammen, sind die Europäische Union (EU) und Deutschland für viele Probleme mitverantwortlich. Etwa 70 Prozent der EU-Importe sind Rohstoffe oder Zwischenprodukte, während ärmere Länder des globalen Südens überwiegend unverarbeitete Rohstoffe exportieren (WTO 2010: 58). Wirtschaftssektoren wie die Auto- und Chemieindustrie oder das Bauwesen hängen vom Import zahlreicher Rohstoffe ab, die innerhalb der EU nicht oder nur

in geringem Maße vorhanden sind¹. Die Abhängigkeit umfasst sowohl Energieressourcen, wie Erdöl und Gas, als auch Mineralien, Metalle oder Holz. Ein durchschnittlicher EU-Bürger verbraucht 43 Kilogramm Rohstoffe pro Tag. In Asien sind es 14 Kilogramm und in Afrika 10. Wenngleich andere Regionen wie Nordamerika (90 Kilogramm pro Kopf und Tag) und Ozeanien (100 Kilogramm) nochmal deutlich mehr verbrauchen, ist die EU eine überdurchschnittliche Verbraucherin von Rohstoffen. Etwa 23 Prozent der weltweit gehandelten Rohstoffe werden von der EU importiert, die somit die Region mit den höchsten Netto-Importen von Rohstoffen darstellt (WTO 2010: 59 und Friends of the Earth 2009: 21f.).

Auf den Druck von Unternehmen hin haben sowohl die EU als auch Deutschland in den letzten Jahren das einstige Nischenthema Rohstoffpolitik für sich entdeckt und jeweils Strategien entworfen, in deren Mittelpunkt die Sicherung von Rohstoffen für die Industrie steht. Als Hauptproblem der Rohstoffversorgung machen die Europäische Kommission und die Bundesregierung Wettbewerbsverzerrungen wie die Anwendung von Exportsteuern und Beschränkung von Investitionen in den Förderländern aus. Die Interessen der rohstoffreichen Regionen in Afrika, Asien und Lateinamerika, deren Bevölkerungen in den meisten Fällen bisher nicht von den Rohstoffexporten profitieren konnten, werden dabei kaum berücksichtigt. Auch beim Import von Agrarrohstoffen schadet die EU-Politik massiv den Menschen im globalen Süden, wie das Beispiel der Soja-Importe aus Südamerika zeigt.

Wenngleich der Wunsch vieler Länder des Südens, die westlichen und nördlichen Konsummuster zu kopieren, verständlich ist, ist das klassische Wachstumsmodell nicht in der Lage, diese negativen Effekte zu minimieren. Das im globalen Norden bestehende Wirtschaftssystem, das auf einem enorm hohen Rohstoffverbrauch basiert, ist eine der grundlegenden Ursachen des Problems. Der Lösungsansatz der EU und Deutschlands besteht bisher darin, die Anstrengungen zur Sicherung von Rohstoffen für die eigene Industrie zu erhöhen.

¹ Die eigene Produktion von Metallen in der EU beträgt zum Beispiel gerade einmal drei Prozent der Weltproduktion. Dies bedeutet, dass etwa 48 Prozent des in der EU benötigten Kupfers, 64 Prozent des Zinkerzes und Bauxits sowie 78 Prozent des Nickels importiert werden. Bei Kobalt, Platin, Titan und Vanadium wird der gesamte Bedarf importiert.

Erfolg für die Industrie: Die Rohstoff-Strategien der EU und Deutschlands

Im Jahr 2008 stellte die Europäische Kommission mit der „Rohstoffinitiative“ (Raw Materials Initiative, RMI) erstmals eine gemeinsame europäische Rohstoffpolitik vor, die den Zugang europäischer Unternehmen zu wichtigen Rohstoffen sicherstellen soll. Anfang 2011 wurde die Strategie aktualisiert. Die RMI basiert auf drei Säulen: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten ohne Wettbewerbsverzerrungen, Förderung der nachhaltigen Versorgung durch Rohstoffe aus europäischen Quellen und Reduzierung des europäischen Verbrauchs primärer Rohstoffe (European Commission 2008: 5f.). Laut RMI sei für die Wettbewerbsfähigkeit der EU ein diskriminierungsfreier Zugang zu Rohstoffen, also zu den gleichen Bedingungen wie wirtschaftliche Konkurrent_innen, unabdingbar. Als Hauptproblem macht die EU Wettbewerbsverzerrungen aus. Die erste Säule ist die am weitesten ausgearbeitete. Die Kommission schlägt in der RMI eine „Rohstoffdiplomatie“ vor, um den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu sichern. Im Rahmen von WTO-Verhandlungen und Freihandelsverträgen soll dies Priorität erhalten, Wettbewerbsverzerrungen wie Exportsteuern sollen beseitigt werden (ebd.: 7).

Im Juni 2010 veröffentlichte die Kommission einen Bericht, der 41 Mineralien und Metalle analysiert. Als Ergebnis werden bei 14 für die EU wichtigen Rohstoffen Engpässe bei der Verfügbarkeit befürchtet². Die Sorge gilt dabei ausschließlich den Auswirkungen der Engpässe für die europäische Wirtschaft, nicht den bei der Förderung verursachten Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen (European Commission 2010a).

Im Februar 2011 aktualisierte die Kommission mit der Mitteilung „Tackling the Challenges in Commodity Markets and on Raw Materials“ die RMI. Die neue Mitteilung stellt das Thema Rohstoffe in einen breiteren Rahmen, bekräftigt aber die bereits in der RMI ausformulierten Prinzipien, wenn auch mit einigen kleinen Veränderungen: Zunächst wird eine Verbindung zwischen der hohen Preisvolatilität auf den Rohstoffmärkten und der Spekulation betont sowie mehr

² Die 14 als kritisch eingestuften Mineralien und Metalle sind: Antimon, Beryllium, Kobalt, Flussspat, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niobium, Platinmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram.

Transparenz und Regulierung der Märkte gefordert (European Commission 2011: 6). Es wird hervorgehoben, die EU wolle ärmeren Ländern helfen, „umfassende Reformprogramme zu erarbeiten, in denen Ziele wie die Verbesserung der Besteuerungssysteme für den Bergbau und die Erhöhung der Transparenz von Geldquellen und Verträgen oder der Fähigkeit, Einnahmen zur Unterstützung von Entwicklungszielen zu verwenden, eindeutig benannt werden“ (ebd.: 15). Ebenfalls neu ist, dass die Kommission als Ziel ausgibt, Entwicklungspolitik solle sich „auch auf die Vernetzung der Abbaubetriebe mit der örtlichen Wirtschaft konzentrieren, und zwar durch Verbesserung der Wertschöpfungskette und eine größtmögliche Diversifizierung“. Freihandelsabkommen sollten „zur Erreichung dieses Ziels ausreichend flexibel gestaltet werden“ (ebd.: 16).

Jenseits der leicht abgemilderten Rhetorik geht es aber auch in der Aktualisierung der RMI letztlich um den vorteilhaftesten Zugang zu Rohstoffen für die EU. Wettbewerbsverzerrungen werden als „wachsende Sorge“ bezeichnet (ebd.: 6). Es wird betont, dass die EU „im Rahmen aller relevanten Verhandlungen, ob bilateral oder multilateral, [...] Handelsregeln für Ausfuhrbeschränkungen vorgeschlagen“ hat (ebd.: 12). Die erwähnte Flexibilisierung der Freihandelsabkommen zugunsten sozialer Komponenten, ist in der Realität nicht ersichtlich. Die zweite und dritte Säule bekommen in der Aktualisierung der RMI etwas mehr Aufmerksamkeit. Dennoch ist der freie Zugang zu Rohstoffen nach wie vor der Fokus der EU-Rohstoffstrategie.

Zusätzlich zur europäischen RMI hat Deutschland eine eigene Rohstoff-Strategie entwickelt. Im Oktober 2010 publizierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen“. Wengleich diese ressortübergreifend ausgearbeitet wurde, spielte das BMWi von allen beteiligten Ministerien die bedeutendste Rolle in der Entstehung des Papiers. Die deutsche Rohstoffstrategie hat ebenso wie die RMI der EU die Reduzierung von Handelsbarrieren zum Ziel. Die Anwendung von Exportrestriktionen wird als Bedrohung dargestellt, da sie „mittelfristig Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gefährden“ (BMWi 2010: 9) könne. Um die Sicherung der Rohstoffversorgung zu gewährleisten, bietet die Bundesregierung Unternehmen staatliche Instrumente, wie Garantien für ungebundene Kredite, Investitionsgarantien und Exportgarantien, an (ebd.: 10).

Zwar erklärt die Bundesregierung, „dass nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regierungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards nicht möglich ist“ (BMW 2010: 8). Konkrete Vorschläge, wie dies bei der Rohstoffförderung jenseits freiwilliger Leitlinien garantiert werden könnte und welchen Anteil Deutschland daran leisten will, macht sie allerdings nicht.

Insgesamt trägt die deutsche Rohstoffstrategie deutlich die Handschrift des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der die Interessen der Industrie gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertritt. Der BDI hatte seit Jahren Lobbyarbeit zugunsten einer deutschen und europäischen Rohstoffstrategie gemacht und an der Ausarbeitung der deutschen Strategie seit dem ersten Rohstoffkongress der damaligen rot-grünen Bundesregierung 2005 in einem „engen Dialog“ mitgewirkt (Bundesregierung 2007: 5).

Auswirkungen auf die Förderländer: Exportsteuern und Investitionen

Die EU-Politik erschwert es den Förderländern von vornherein, vom Export ihrer Rohstoffe zu profitieren, geschweige denn eine postextraktivistische Transition einzuleiten. Die zwei Bereiche, in denen die EU wettbewerbsverzerrende Maßnahmen eliminieren will, sind Exportsteuern und ausländische Direktinvestitionen. Auf verschiedenen Ebenen wie der WTO, bei Freihandelsverträgen und Bilateralen Investitionsschutzabkommen, wird darüber verhandelt.

Die Anwendung von Exportzöllen kann rohstoffreichen Ländern nutzen, sofern die Mehreinnahmen sinnvoll verwendet oder durch einen Rückgang der Förderung die negativen Folgen des Extraktivismus verringert werden können (Curtis 2010: 17). Die WTO verbietet die Anwendung von Exportbeschränkungen nicht, sieht dieses Instrument aber kritisch (WTO 2010: 160 ff.). Auch die Europäische Kommission erkennt an, dass Exportbeschränkungen „unter bestimmten Bedingungen“ gerechtfertigt sein können (European Commission 2009: 12). Dies gelte aber nur, wenn Exportsteuern mit eindeutigen Regeln und Zielen und für alle Marktteilnehmer_innen zu gleichen Bedingungen angewendet würden.

Dennoch stellt die Beseitigung beziehungsweise Einschränkung dessen, was als „wettbewerbsverzerrende“ Maßnahmen bezeichnet wird, ein prinzipielles Ziel der EU dar.

Der zweite bedeutende Bereich, in dem die EU Regeln durchsetzen will, die den europäischen Konzernen nützen, sind Investitionen. Schutzklauseln für ausländische Investitionen finden sich in bilateralen Investitionsschutzabkommen (Bilateral Investment Treaties, BITs), aber auch in Freihandelsverträgen (Free Trade Agreements, FTAs). Derartige Vereinbarungen sollen ausländische Direktinvestitionen absichern und stehen über dem jeweiligen nationalen Recht. Die EU will vor allem die Bereiche Inländerbehandlung, Investorenschutz und freien Kapitalverkehr implementieren (Curtis 2010: 30). Inländerbehandlung bedeutet, dass einheimische und ausländische Investitionen nicht unterschiedlich behandelt werden dürfen. Der Investorenschutz stattet Investoren mit bestimmten Rechten aus, die den jeweiligen Regierungen für die Implementierung von Politiken, die den Investor betreffen könnten, Schranken setzen. Unternehmen können sich in vielen Fällen gar auf einen „enteignungsgleichen Eingriff“ berufen, wenn zu erwarten ist, dass durch neue Arbeits- oder Umweltgesetze ihre Gewinne vermindert würden. Durch einen freien Kapitalverkehr können Investoren ihre Gewinne aus dem Land transferieren. Dies bedeutet, dass es einer Regierung unmöglich gemacht beziehungsweise deutlich erschwert wird, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, um das Land zum Beispiel vor spekulativem Kapital zu schützen. Verstößt ein Staat nach Ansicht eines Unternehmens gegen ein BIT, kann dieses Unternehmen in einem „Investor-Staat-Verfahren“ vor ein internationales Schiedsgericht ziehen, ohne dass zuvor der nationale Rechtsweg erschöpft sein muss. Die meisten dieser Verfahren landen gemäß den konkreten Bestimmungen der jeweiligen Abkommen beim Internationalen Zentrum für Investitionsstreitigkeiten (ICSID), dem Schiedsgericht der Weltbankgruppe.

Die Ausgangsbedingungen der Kontrahent_innen sind dabei äußerst ungleich verteilt, da BITs in der Regel zwischen Industrieländern auf der einen und ärmeren Staaten auf der anderen Seite geschlossen werden. Im Streitfall können die kleineren und ärmeren Länder den juristischen Abteilungen großer Konzerne wenig entgegen setzen. Die Industrieländer, allen voran Deutschland, setzen einen bedingungslosen Investorenschutz durch³. Statt

³ Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags der Europäischen Union am 1. Dezember 2009 ging die Kompetenz zur Aushandlung von BITs von den einzelnen Mitgliedsstaaten zur EU-Kommission über. Eine Aufnahme von Pflichten für Investoren ...

des Investorenschutzes bräuchte es hingegen Mechanismen, die wirksam die Bevölkerung und die Umwelt vor Schäden schützen, die durch einen Investor verursacht werden können.

Die Laufzeiten von BITs und FTAs sind in der Regel unbegrenzt. Eine Regierung kann diese zwar kündigen, für bereits getätigte Investitionen gilt der Schutz jedoch bis zu mehrere Jahrzehnte über die Kündigung hinaus. Durch die Unterzeichnung derartiger Verträge riskieren Staaten somit, ihr demokratisches Recht, über Wirtschafts-, Sozial-, und Umweltpolitik zu entscheiden, für lange Zeit stark einzuschränken.

Natürlich kann die Beschränkung von Exporten und Investitionen auch negative Effekte für ein Land haben. Um daraus Nutzen zu ziehen, erfordert es nachhaltiger Politiken und funktionierender Institutionen. Bei korrupten Regierungen und Eliten, die zusätzliche Einnahmen in die eigene Tasche stecken und sich nicht für Arbeits- und Umweltbedingungen der extraktiven Industrien interessieren, werden Bevölkerung und Umwelt kaum profitieren. Da Exportsteuern und Restriktionen von Investitionen unter günstigen politischen Bedingungen aber durchaus einem Land nutzen können, dürfen die EU und Deutschland diese nicht per se unterbinden.

RMI in Lateinamerika

In Lateinamerika tätig sind vor allem Rohstoffunternehmen aus den USA, Kanada, Australien, der Schweiz und mittlerweile auch China. Als Bezieher lateinamerikanischer Rohstoffe spielt die EU jedoch ebenfalls bereits eine wichtige Rolle. Auch wenn Afrika⁴ augenblicklich mehr vom europäischen Rohstoffhunger betroffen ist, rückt Lateinamerika zunehmend ins Zentrum des Interesses. Im Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung nimmt das Thema der Energie- und Rohstoffversorgung Deutschlands einen wichtigen Stellenwert ein (Auswärtiges Amt 2010: 39). In seiner Bewertung der jüngs-

³ ... ist nicht vorgesehen. Die deutsche Regierung und deutsche Wirtschaftsverbände fordern, dass bei der Vereinheitlichung der bisherigen BITs unter dem Dach der EU-Kommission das investorenfreundliche deutsche Muster-BIT als Vorlage dient.

⁴ In den Verhandlungen über sogenannte Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und afrikanischen Staaten spielt der Zugang zu Rohstoffen eine bedeutende Rolle.

ten Aktualisierung der RMI, erwähnt der Rat der Europäischen Union Lateinamerika ausdrücklich als Lieferant von Rohstoffen (Council of the European Union 2011: 5). Das Europäische Parlament legte der Kommission in einer im September 2011 verabschiedeten Resolution nahe, die Rohstoffversorgung zu diversifizieren und dabei explizit auch Lateinamerika mit einzubeziehen (European Parliament 2011).

Tatsächlich wendet die EU längst Prinzipien aus der RMI in Lateinamerika an. Im Jahr 2010 schloss die EU mit Kolumbien und Peru die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ab, das im Bezug auf Exportsteuern und Restriktionen von Investitionen den europäischen Vorstellungen aus der RMI entspricht. Mehr als 85 Prozent der EU-Importe aus Kolumbien sind Rohstoffe wie Öl, Mineralien und Agrarprodukte. Die Exporte aus der EU nach Kolumbien bestehen hingegen zu fast 90 Prozent aus verarbeiteten Gütern.⁵ Die Importe der EU aus Peru sind zu 92 Prozent Rohstoffe, während 86 Prozent der EU-Exporte nach Peru verarbeitete Güter sind⁶.

Das Abkommen erschwert die Anwendung von Exportsteuern erheblich. Diese können nur vorübergehend in besonderen Situationen und wenigen Ausnahmefällen erhoben werden (Art. 25 und 106). Die Investmentbestimmungen gehen über die Regeln der WTO hinaus und enthalten die Liberalisierung von Investitionen, Patenten, Wettbewerbsrecht und öffentlichem Auftragswesen. Inländerbehandlung für Investoren wird garantiert, so dass die Regierungen keinerlei Restriktionen auferlegen dürfen (Art. 113 und 114). Der freie Kapitalfluss soll gemäß dem Abkommen von allen Ländern zugesichert werden. Restriktionen oder Schutzmaßnahmen dürfen nur vorübergehend und als Ausnahme angewendet werden, aber niemals als Schutzinstrument für einzelne Industrien (Art.169 und 170). Das Freihandelsabkommen enthält eine allgemeine Menschenrechtsklausel (Art.1), die schwächer formuliert ist als jene im Allgemeinen Präferenzsystem (GSP), mit dem die EU ärmeren Ländern bestimmte Zollerleichterungen gewährt. Kolumbien und Peru würden bei Ratifizierung des Freihandelsabkommens aus dem GSP herausfallen.

⁵ Vgl.: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113367.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

⁶ Vgl.: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113435.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Wäre eine Menschenrechtsklausel, wie sie in dem FTA enthalten ist, ernst gemeint, müsste sie zumindest im Falle Kolumbiens, wo seit Jahren systematisch Menschenrechte verletzt werden, im selben Moment angewendet werden, in dem das Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft tritt. Neben dem Europäischen Parlament müssen dem Abkommen noch die nationalen Parlamente Kolumbiens und Perus, eventuell auch alle Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zustimmen. Sollte das FTA in Kraft treten, wird es extraktiven Industrien wie dem Bergbau zusätzlichen Auftrieb geben, weil es die Rechte von Investoren stärkt.

Agrarextraktivismus - Soja für Europas Fleischproduktion

Auch der Extraktivismus im Agrarbereich wird in Lateinamerika durch die EU befördert. Fast 80 Prozent der für die europäische Fleischproduktion benötigten Eiweißfuttermittel werden importiert. Dies entspricht 22 Millionen Tonnen Sojaschrot und 13 Millionen Tonnen Sojabohnen jährlich (Agrarkoordination 2011: 2)⁷. Laut Berechnungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) wird in Übersee auf circa 20 Millionen Hektar Soja für die europäische Tierproduktion angebaut. Davon entfallen allein 2,8 Millionen Hektar auf Deutschland, was fast der Fläche Brandenburgs entspricht (Schuler 2007: 5). Ohne diesen „Import von Fläche“ sind der hohe Fleischkonsum und die teilweise Überproduktion in Europa nicht denkbar. Während sich zwischen 2000 und 2007 die Fleischexporte der EU um 32,4 Prozent erhöht haben, stiegen die Futtermittelimporte im gleichen Zeitraum um 17 Prozent (Wiggerthale 2011: 11).

Dank politischer Entscheidungen in den 1960er Jahren ist der Import von Sojabohnen vom Zoll befreit. Nutznießer waren damals die USA als Hauptexporteur von Soja. Während zum Schutz der EU-Agrarindustrie die meisten Agrarprodukte durch hohe Zölle geschützt sind und die EU gleichzeitig ärmere Länder zur Öffnung ihrer Märkte drängt, sind Futtermittel aus Soja

⁷ Bei der Verarbeitung von Sojabohnen entstehen circa 80 Prozent Sojaschrot und als Nebenprodukt etwa 20 Prozent Sojaöl. Für die Produktion von einem Kilogramm Schweinefleisch werden 540 Gramm Sojaschrot verfüttert, für ein Kilogramm Pute 765 Gramm, ein Kilogramm Hähnchen 470 Gramm und ein Kilogramm Rindfleisch 920 Gramm (Schuler 2007: 5).

dank der Zollbefreiung in Europa wesentlich billiger als heimische Alternativen wie etwa Ackerbohnen, Erbsen oder Lupinen (Beste & Boeddinghaus 2011: 7 ff.).

Zu den Hauptanbaugebieten von Soja zählt Südamerika⁸. Der sogenannte Sojagürtel umfasst Teile von Brasilien, Argentinien, Paraguay, Bolivien und Uruguay und erstreckt sich insgesamt auf über 40 Millionen Hektar⁹.

Ein Großteil der in Südamerika angebauten Soja ist heute genmanipuliert. Argentinien war 1996 das Einfallstor für den US-amerikanischen Biotech-Konzern Monsanto, um den Anbau gentechnisch veränderter (modifizierter) Organismen (GMO) in der Region zu etablieren. Von dort aus verbreitete sich das Gen-Soja in die Nachbarländer. Fast die gesamte in Argentinien angebaute Soja ist Monsantos „Roundup Ready“, das gegen das gleichnamige Herbizid (überwiegend Glyphosat) resistent ist, welches ebenfalls von Monsanto geliefert wird (Grain 2007: 16ff.). Der Einsatz von Herbiziden ist seit der Einführung von Gen-Soja drastisch gestiegen. Wurde bei der konventionellen Soja zuvor gut ein Liter Glyphosat pro Hektar verwendet, sind es nun bis zu über 20 Liter (Rulli 2007: 29). Im Jahr 2008 wurden in Argentinien etwa 200 Millionen Liter Roundup Ready verbraucht; 1996, vor der Einführung des Gen-Sojas, waren es hingegen nur 13,9 Millionen. Dieses vernichtet alles außer der Sojapflanze selbst. Für europäische Konsument_innen ist nicht ersichtlich, ob ein Tier mit Gen-Soja gefüttert wurde. Eine Kennzeichnungspflicht für Fleisch oder Milch gibt es nicht.

Vom Sojaanbau profitieren fast ausschließlich Großunternehmen. Während vor Ort oft das lokale Agrobusiness und die sogenannten Sojabarone das Sagen haben, kontrollieren internationale Konzerne den Großteil des Geschäfts. Die Unternehmen, die (genmanipuliertes) Saatgut verkaufen, sind häufig dieselben, die auch die für den erfolgreichen Anbau der Monokulturen erforderlichen Pestizide und Herbizide anbieten (Rulli 2007: 23).

⁸ Die größten Produzenten sind die USA, Brasilien, Argentinien, China, Indien und Paraguay. Heute werden drei Viertel der weltweiten Sojaproduktion auf dem amerikanischen Kontinent hergestellt. Allein Brasilien produziert ein Viertel der weltweiten Soja.

⁹ Zum Vergleich: Die Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland beträgt knapp 36 Millionen Hektar.

Negative Konsequenzen des Soja-Booms

Auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die lokale Bevölkerung und die Umwelt hat der Soja-Boom äußerst negative, teils dramatische Auswirkungen. Das Soja-Modell basiert grundsätzlich auf Monokultur und Mechanisierung der Landwirtschaft. Die Ausbreitung der Soja-Front hat permanent die erzwungene und teils offen gewaltsame Vertreibung der ländlichen und indigenen Bevölkerung zur Folge. Diese migriert verstärkt in die Städte, wo die Armenviertel anwachsen.

Menschen, die in unmittelbarer Nähe von Sojafeldern leben, sind akuten Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt.¹⁰ Hinzu kommt, dass durch den fortschreitenden Soja-Anbau die Artenvielfalt zurückgeht und große Waldflächen vernichtet werden (Grain 2007: 52; Suchanek 2010: 81). Auch wird durch die Zerstörung des Amazonasgebietes die globale Erderwärmung beschleunigt, da das Wegfallen des Waldes als CO₂-Senke den Ausstoß von Kohlenstoff erhöht (Grain 2007: 53).

Die Möglichkeit lokal frei darüber zu entscheiden, welche Lebensmittel angebaut werden sollen, rückt durch den Soja-Anbau in weite Ferne. Der kleinbäuerliche Lebensraum und die Strukturen des ländlichen Lebens werden nach und nach zerstört. Die Produktion von Hauptnahrungsmitteln wie Reis, Bohnen oder Mais sinkt (Grain 2007: 52). Außerdem geht durch den Soja-Anbau fruchtbares Land verloren, da die Böden einer erhöhten Erosion ausgesetzt sind. Um ein Kilo Sojabohnen zu produzieren, werden zehn Kilo Erde geopfert (Fritz 2009: 91).

Ein Umdenken ist erforderlich

Ohne eine radikale Senkung des weltweiten Rohstoffkonsums werden die Versuche, zu einem post-extraktivistischen Modell überzugehen, im Sande verlaufen. Dabei müssen die industrialisierten Länder, die mit Abstand am meisten Rohstoffe verbrauchen, vorangehen. Die Recycling-Quoten müssen drastisch erhöht werden, um sich dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft anzunähern, in der neue Produkte aus unbrauchbar gewordenen alten hergestellt und weniger neue

¹⁰ Als häufigste Folgen des flächendeckenden Pestizideinsatzes sind unter anderem Erbrechen, Durchfall, Allergien, Krebsleiden, Fehlgeburten und Missbildungen dokumentiert (Suchanek 2010: 78).

Rohstoffe benötigt werden. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte gestärkt werden und die EU eine eigene Eiweißstrategie forcieren, um die Abhängigkeit von Soja-Importen zu begrenzen und die durch den „Import von Fläche“ entstehenden negativen externen Effekte der eigenen Fleischproduktion zu begrenzen. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, wie die Menschen in ärmeren Ländern ihre Situation verbessern können, ohne den Entwicklungsweg der reichen Länder nachzuahmen, der nicht nachhaltig ist und sich aufgrund der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen unmöglich auf den gesamten Planeten übertragen lässt. Die negativen Folgen müssen minimiert werden, während faire Handelsbedingungen dazu beitragen sollten, dass die Menschen in den Förderländern profitieren. Es geht um nicht weniger, als Übergänge zu gestalten, die über den Extraktivismus hinaus deuten. Die Politik der EU und Deutschland weist bisher allerdings in eine andere Richtung.

Literatur

Auswärtiges Amt [Hg.] (2010): *Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Konzept der Bundesregierung*; 2010: 39, www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/367294/publicationFile/93965/LAK-Konzept.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Beste, Andrea & Runa Boeddinghaus (2011): *Artenvielfalt statt Sojawahn. Der Eiweißmangel in der EU: Wie lässt sich das seit langem bestehende Problem lösen?*; Wiesbaden.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): *Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Versorgung Deutschland mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen*; www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Bundesregierung (2007): *Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung*; www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/elemente-rohstoffstrategie,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Council of the European Union (2011): *Conclusions on tackling the challenges on raw materials and in commodity markets*; www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/119744.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Curtis, John (2010): *The new resource grab: How EU trade policy on raw materials is undermining development*; Hrsg. von: Oxfam Deutschland, Weed, Traidcraft Exchange, AITEC und Comhlámh, www2.weed-online.org/uploads/the_new_ressource_grab.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

European Commission (2008): *The Raw Materials Initiative-Meeting - our critical needs for growth and jobs in Europe*; <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:en:PDF> (Zugriff: 15.01.2012).

European Commission (2009): *Raw materials policy 2009 annual report*; http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146207.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

European Commission (2010): *Critical raw materials for the EU*; Report of the ad-hoc-working Group on defining critical raw, http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/report-b_en.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

European Commission (2011): *Tackling the Challenges in Commodity Markets and on Raw Materials*; http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/communication_en.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

European Parliament (2011): *Resolution of 13 September 2011 on an effective raw materials strategy for Europe*; www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0364&language=EN&ring=A7-2011-0288 (Zugriff: 15.01.2012).

Friends of the Earth Europe (2009): *Overconsumption? Our use of the world's natural resources*; www.foeeurope.org/publications/2009/Overconsumption_Sep09.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Fritz, Thomas (2009): *Peak Soil. Die globale Jagd nach Land*; Berlin: FDCL.

Gudynas, Eduardo (2009): „Diez Tesis urgentes sobre el Nuevo Extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual“; In: CAAP & CLAES: *Extractivismo, Política y Sociedad*, Quito, S.187-225.

Grain (2007): „Soja-Nexus in South America“; In: *seedling*; Juli, S.51-53, www.grain.org/seedling_files/seed-07-07-7-5-en.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Rulli, Javiera (2007): „Introduction to the Soya Model. The expansion of soya in Latin America“; In: Javiera Rulli (Hg.): *United Soya Republics. The truth about Soya Production in South America*; www.lasojamata.net/en/node/91 (Zugriff: 15.01.2012).

Schuler, Christine (2007): *Für Fleisch nicht die Bohne! Futter und Agrokraftstoff-Flächenkonkurrenz im Doppelpack*; Berlin, www.weltagrabericht.de/fileadmin/files/BUND_soja_fleisch_agrosprit_studie_2008.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Suchanek, Norbert (2010): *Der Soja-Wahn. Wie eine Bohne ins Zwielflicht gerät*; München.

Trade Agreement between the European Union [and its Member States] and Colombia and Peru, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/march/tradoc_147704.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Wiggerthale, Marita (2011): *Die EU exportiert-die Welt hungert. Warum die EU-Agrarpolitik auf Kosten armer Länder geht*; www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/webfm/20110429_oxfam_cap-papier.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

WTO (2010): *World Trade Report 2010. Trade in Natural Resources*; www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/world_trade_report10_e.pdf (Zugriff: 15.01.2012).

Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung

Eduardo Gudynas

Eine der in Südamerika zurzeit am intensivsten geführten Debatten hat die Suche nach Auswegen aus der Flut extraktiver Unternehmungen zum Inhalt. Geschuldet ist dies den gravierenden sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser auf den Export ausgerichteten Bergbau-, Erdöl- und Intensivlandwirtschaftsprojekte mit ihren zweifelhaften wirtschaftlichen Erträgen.

Verschiedene Strömungen von Bewegungen und Theoretiker_innen, die sich mit Menschenrechtsfragen, Naturschutz oder der Rolle der indigenen Gruppen auseinandersetzen, haben es sich daher zur Aufgabe gemacht, das zu erforschen, was heute als „Transitionen zum Post-Extraktivismus“ bezeichnet wird, mit dem Ziel, die Abhängigkeit vom Extraktivismus zu beenden.

Die Debatte ist besonders ausgeprägt in Ecuador und Peru, zuletzt auch in Bolivien. Es folgen unter anderem Argentinien und Uruguay, wo die Regierungen am Bergbau festhalten. In viel eingeschränkterem Maße findet die Diskussion auch in Brasilien und Venezuela statt, wo es zwar vereinzelt Stimmen gegen folgenschwere Projekte gibt, aber keine nationale Auseinandersetzung über Entwicklungsstrategien jenseits beispielsweise der Erdölförderung. In Ecuador und Peru dagegen hat die Debatte über einen Post-Extraktivismus schon begonnen¹.

¹ Der vorliegende Beitrag soll einige zentrale Aspekte dieser Debatten zusammenfassen, ausgehend von den Untersuchungen des Lateinamerikanischen Zentrums für Soziale Ökologie (CLAES) in verschiedenen Ländern der Region. Besonders eingegangen werden soll dabei auf die Ergebnisse für Peru, in Kooperation mit dem Netzwerk für eine Globalisierung in Gerechtigkeit (RedGE), und für Ecuador, in ...

Alternativen zu Entwicklung und Transitionen

Die aktuellen Vorschläge zielen dabei auf radikale Veränderungen ab, auf „Alternativen zu Entwicklung“. Unter den derzeitigen Gegebenheiten lassen sich diese radikalen Veränderungen als ein Prozess verstehen, der ein Bündel von „Transitionen“ umfasst.

Die „Alternativen zu Entwicklung“ unterscheiden sich grundlegend von „alternativer Entwicklung“. Letztere beruht nämlich weiterhin auf den Grundannahmen von Entwicklung als Fortschritt, Linearität der Geschichte und notwendiger Aneignung der Natur. „Alternative Entwicklungen“ stellen also lediglich andere Formen dar, diese Annahmen in die Praxis umzusetzen. Dabei geht es um Fragen wie die Rolle des Staates, das Eigentum an Ressourcen und Produktionsmitteln, die Nutzung von Wissenschaft und Technik zur Verringerung der Umweltschäden oder die Implementierung sozialer Kompensationsmaßnahmen, um die Folgen für die betroffene Bevölkerung aufzufangen. Es herrscht eine große Vielfalt unter diesen „alternativen Entwicklungen“, von denen einige dem klassischen Kapitalismus angehören und andere Reformen im Geist des Sozialismus anstreben. In allen Fällen wird Entwicklung jedoch grundlegend als materieller Fortschritt aufgefasst.

„Alternativen zu Entwicklung“ zielen dagegen auf einen substantiellen Wandel dieser konzeptionellen Grundlagen von Entwicklung ab. Bloße Veränderungen im Instrumentarium werden dabei als nicht ausreichend angesehen, es wird der Glaube an einen notwendigen und unvermeidlichen materiellen Fortschritt aufgegeben, an die Linearität der Geschichte und an die Notwendigkeit von Naturaneignung für das Wirtschaftswachstum. Die klassische Fortschrittsidee westlichen Ursprungs wird in Zweifel gezogen und es wird nach Alternativen gesucht, die anderen Vorstellungen von Wohlstand und gutem Leben entsprechen.

Es existiert zunehmender Konsens darüber, dass Auswege aus dem Extraktivismus nicht allein in „alternativen Entwicklungen“ bestehen dürfen, sondern dass viel tiefer gehende Veränderungen notwendig sind. Daher müssen post-extraktivistische Konzepte in direktem Zusammenhang mit den „Alternativen zu Entwicklung“ stehen.

¹ ... Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie weiteren Akteuren, von denen vor allem das Andine Zentrum für die Aktion der Bevölkerung (CAAP) zu nennen ist (für mehr Information dazu vgl. die Beiträge in: Alayza & Gudynas 2011).

Die unmittelbaren Ziele solcher Alternativen bestehen im Kontext Südamerikas darin, die Armut zu beseitigen, Wohlstand für die Menschen zu gewährleisten und die Vielfalt der Natur zu erhalten. Einfacher gesagt heißt das: Keine Armut und keine Umweltzerstörung. Diese zwei Ziele sind gleichrangig, was kein unbedeutendes Detail ist: Der Einsatz für die Umwelt erhält diesen Rang in Anerkennung der Rechte der Natur. Aus einer solchen Perspektive müssen tiefgreifende Veränderungen an den aktuellen Entwicklungsstrategien vorgenommen werden, jeweils angepasst an den sozialen und ökologischen Kontext und unter Aufgabe des westlichen Entwicklungsmodells an sich.

In der südamerikanischen Debatte, insbesondere vor dem Hintergrund der bedeutsamen politischen Umwälzungen durch die progressiven Regierungen, rückte die Frage in den Vordergrund, wie solche Veränderungen zu bewerkstelligen seien. Einerseits bestehen die konventionellen Maßnahmen, Reformen am Instrumentarium durchzuführen, fast immer in einer bloßen „Entwicklung der Instrumente“. Andererseits erscheint eine radikale, revolutionäre Reform aus verschiedenen Gründen nicht gangbar. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass eine Verbreiterung der sozialen Basis zur Unterstützung solcher Veränderungen unabdingbar ist, diese Veränderungen zugleich aber immer an den jeweiligen sozialen und ökologischen Kontext angepasst sein müssen und somit kein einheitliches Konzept darstellen können. Anders gesagt: Es gibt kein „Patentrezept“ für eine „Alternative zu Entwicklung“, das man einfach überall überstülpen könnte; sie muss jeweils selbst entwickelt werden, mit eigenen Versuchen, Fehlern und Lerneffekten.

Daher soll hier ein Ansatz von „Transitionen“ vertreten werden. Diese müssen jedoch immer bestimmten Anforderungen genüge leisten. Jeder einzelne der vorgeschlagenen Schritte muss auf die „Alternativen zu Entwicklung“ ausgerichtet sein, die der Verhinderung von Armut und Umweltzerstörung verpflichtet sind. Gleichzeitig muss jeder Schritt bessere Voraussetzungen dafür schaffen, dass weitere Schritte in diese Richtung gegangen werden können. Bei den Transitionen handelt es sich zugleich um einen demokratischen Prozess, in dem Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die soziale Basis zur Unterstützung solch radikaler Veränderungen verbreitert wird; letztere müssen allerdings flexibel bleiben, um eine Anpassung an die jeweilige Situation und die notwendigen Lerneffekte zu ermöglichen.

Von den in den Transitionen anzuwendenden Maßnahmen sollen hier einige

hervorgehoben werden: deutliche Verringerung des Material- und Energieverbrauchs (also „Dematerialisierung“ der Produktionsprozesse); Entkoppelung der Ziele dieser Alternativen von rein wirtschaftlichem Wachstum; Anpassung der Produktionsprozesse an die Fähigkeit der Ökosysteme, Ressourcen zu liefern und Umweltfolgen zu verkraften, und somit Erhaltung der Biodiversität; Gestaltung der Produktionsprozesse in einer Form, die direkt zur Beendigung von Armut und zur Bekämpfung von Überfluss beiträgt.

In die aktuelle Diskussion fließen zahlreiche Erfahrungen und Überlegungen ein. Einige davon sind sehr konkret und befassen sich beispielsweise mit Möglichkeiten einer „Entkoppelung“ von Entwicklung und Wirtschaftswachstum (Jackson 2009) oder mit Transitionen auf globaler Ebene (Parris/Kates 2003). Manche haben die Vernetzung lokaler Initiativen zu ökologischer Resilienz zum Inhalt (die „transnationale Bewegung“, Hopkins 2008). Andere schaffen eine fruchtbare Verbindung zwischen überliefertem und aktuellem Wissen, wie etwa bei der Agrarökologie. Schließlich sollen noch die Überlegungen zum „guten Leben“ Erwähnung finden, die auf den Ontologien verschiedener indigener Völker beruhen.

Zudem existieren einige Entwürfe von Regierungsseite, deren bestes Beispiel das Plädoyer für einen Post-Extraktivismus im ecuadorianischen Entwicklungsplan ist (SENPLADES 2009). Auch wenn eingeräumt werden muss, dass das konkrete Handeln der Regierung Correa in eine andere Richtung weist, wurde in diesem Plan eine post-extraktivistische Ökonomie auf der Basis von Wissen und Dienstleistungen angestrebt.

Drei Arten des Extraktivismus

Will man über die Zusammenhänge zwischen Transitionen und Extraktivismus sprechen, müssen zunächst drei Arten der Ressourcenextraktion voneinander unterschieden werden (Bild 2, S. 149).

1) Plündernder Extraktivismus: Dies ist das aktuelle Entwicklungsmodell, gekennzeichnet durch einen intensiven Extraktivismus, mit großer geographischer Reichweite, starken sozialen und ökologischen Auswirkungen sowie zweifelhaften Vorteilen für die nationale Entwicklung. Klassische Beispiele sind Tagebaue, in denen die Rückstände nicht aufbereitet werden, die Kontamination durch die Erdölförderung im Amazonasgebiet oder der Missbrauch

agrochemischer Produkte in exportorientierten Monokulturen. Dabei handelt es sich um Aktivitäten, die Enklavenökonomien schaffen, mit starker Präsenz multinationaler Konzerne, bei denen die sozialen und ökologischen Folgekosten externalisiert werden. Es handelt sich um den von der Globalisierung angestoßenen Extraktivismus, mit gigantischen Gewinnen für die Unternehmen, der von den südamerikanischen Regierungen als Einnahmequelle für ihre Ökonomien akzeptiert wird.

2) Behutsamer Extraktivismus: Man könnte zu einem zweiten Szenario übergehen, bei dem beispielsweise die Bergbau- und Erdölprojekte tatsächlich die sozialen und ökologischen Auflagen und Normen erfüllen und die die zur Minimierung der Umweltfolgen am besten geeignete Technologie verwenden, der Staat ihnen wirksame und rigorose Kontrollen auferlegt, wo die Folgekosten in den Kosten und Preisen enthalten sind und andere Verbesserungen durchgeführt werden. Gleichzeitig erfolgt eine angemessene Besteuerung, was beinhaltet, dass ein gerechter Anteil der Gewinne derartiger Unternehmungen abgeschöpft und weitestmöglich mit anderen nationalen oder regionalen Industrialisierungsprojekten verknüpft wird.

Dieses Szenario entspricht einigen der alternativen Entwicklungen. Es resultiert aus einer wirksamen Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Stärkung von *Governance* in diesem Sektor und einer Umsetzung der Postulate von gesellschaftlicher Unternehmerverantwortung. Dabei werden auch die sektorspezifischen Investitionen und Kapitalflüsse transparent gemacht, so wie die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) dies fordert. Diese auf die Anpassung und Korrektur der Instrumentarien ausgerichtete Stufe ist als Notmaßnahme sicherlich sehr wichtig, um die derzeitigen schweren Auswirkungen des plündernden Extraktivismus zu stoppen. Sie verlässt jedoch nicht den Rahmen konventioneller Entwicklungsmodelle.

3) Unverzichtbarer Extraktivismus: Ein drittes Szenario versucht, den Extraktivismus als Teil einer Alternative zu Entwicklung zu begreifen; hier müssen andere konzeptionelle Fundamente zu Grunde gelegt werden. Einige extraktivistische Aktivitäten werden dabei aufrechterhalten, weil nicht auf sie verzichtet werden kann, sie müssen jedoch deutlich verringert werden. Bei dieser unverzichtbaren Extraktion oder Ausbeutung können jene Aktivitäten

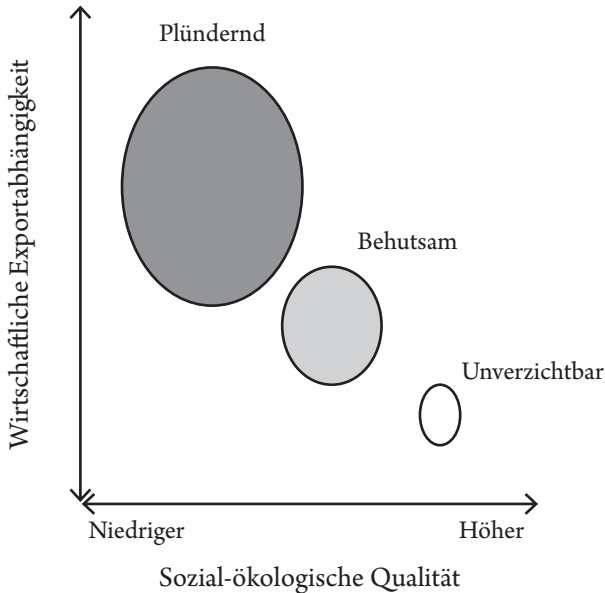


Bild 2. Schematische Darstellung der drei Arten des Extraktivismus im Hinblick auf ihre sozialen und ökologischen Folgen und die wirtschaftliche Exportabhängigkeit.

bestehen bleiben, die wirklich notwendig sind. Sie müssen sozialen und ökologischen Anforderungen entsprechen, direkt mit nationalen oder regionalen Produktionsketten in Verbindung stehen und Verbrauchernetzen für eine wirkliche Verbesserung der Lebensqualität zu Gute kommen.

Dieses Modell ist Teil einer „Alternative zu Entwicklung“, bei der viel weniger Material und Energie verbraucht werden, die Kohlenstoffbilanz niedriger ausfällt und der Verbrauch sparsamer, dafür aber direkt mit der Lebensqualität und dem Schutz der Natur verknüpft ist. Die Orientierung auf globale Exporte wird dabei drastisch reduziert, Bergbau- und Erdölförderung dienen vor einer globalen Nutzung zuallererst der nationalen und kontinentalen Nachfrage.

Leitlinien der Transitionen

Die Transitionen zum Post-Extraktivismus sind an den Alternativen zu Entwicklung ausgerichtet und zielen daher auf die unverzichtbare Extraktion ab, mit der sowohl die Lebensqualität als auch der Schutz der Natur gewährleistet

sind. Da es sich jedoch um Transitionen handelt, müssen zunächst erste Schritte unternommen werden. Dies liegt auch an der gebotenen Dringlichkeit, denn es ist sehr wichtig, dem derzeitigen plündernden Extraktivismus zu begegnen und Auswege zu finden. Es gibt Gemeinschaften, die aufgrund ihres Leidens unter den sozialen und ökologischen Folgen sofortiger Lösungen bedürfen. In diesen Fällen muss der behutsame Extraktivismus greifen.

Der behutsame Extraktivismus darf nur als Notfallmaßnahme betrachtet werden, um die schwerwiegendsten Auswirkungen des heutigen Extraktivismus zu verringern. Es geht hier nicht um eine tragfähige Lösung, sondern um notwendige und dringende Maßnahmen zur Abmilderung schwerer Folgen für Bevölkerung und Umwelt. Die Maßnahmen dürfen jedoch nicht rein instrumenteller Natur sein, sondern müssen darauf gerichtet und so organisiert sein, dass sie weitere Schritte der Veränderung hin zu einer Alternative zu Entwicklung ermöglichen.

In diesem Abschnitt soll auf einige Leitlinien der Transitionen auf dem Weg zum behutsamen und unverzichtbaren Extraktivismus eingegangen werden. Auch wenn diese hier getrennt voneinander vorgestellt werden, muss man sich bewusst machen, dass sie in Wirklichkeit in Zusammenhang miteinander stehen und mehr oder minder koordiniert voranzutreiben sind. Insbesondere ist es notwendig, die nationalen und internationalen Transitionen miteinander zu koordinieren sowie die technischen Möglichkeiten mit dem politischen Handeln.

Auflagen und Vorgaben, Governance und Partizipation

Es gibt weitreichende Belege dafür, dass viele extraktivistische Projekte betrieben oder akzeptiert werden, obwohl sie den Umwelt-, Gesundheits- oder Sozialgesetzgebungen des jeweiligen Landes zuwiderlaufen. In einigen Fällen gewährt sogar der Staat selbst Ausnahmen und Flexibilitäten, durch die das Verletzen der Normen legitimiert wird. Die vermutlich skandalöseste Situation in Südamerika ist in Peru vorzufinden, mit den Ausnahmen, Flexibilitäten und Gesetzesverstößen des Bergbau- und Eisenkomplexes La Oroya.

Ein unabdingbarer Schritt zur Einleitung der Transitionen besteht daher darin, mit der Durchsetzung bestehender Umwelt- und Sozialbestimmungen zu beginnen und diese in den fehlenden Bereichen zu ergänzen (etwa bei den Vorgaben für Abgas-, Abwasser- und Abfallemissionen oder Raumordnungsverfahren). Hier muss umgehend eine Klärung stattfinden, unter welchen Be-

dingungen ein extraktives Projekt akzeptabel ist, und unter welchen nicht.

Ein angemessener grundlegender Rahmen würde ermöglichen, zwischen „verbotenen“ extraktivistischen Unternehmungen und solchen, die durchgeführt werden können, zu unterscheiden. Bei letzteren ist wiederum zwischen zwei Formen zu unterscheiden: zwischen jenen Projekten, die akzeptabel sind, da sie die sozialen und ökologischen Anforderungen erfüllen und gleichzeitig positive Ergebnisse für Gesellschaft und Wirtschaft liefern, und jenen, die „denkbar“ sind, da sie in einer Dimension Vorteile, in einer anderen jedoch Nachteile bringen (beispielsweise hohe wirtschaftliche Rentabilität, aber verschiedene ökologische Auswirkungen nach sich ziehen, Bild 3). Die Erfüllung dieser Auflagen würde in einer behutsamen Extraktion resultieren. Durch das Voranschreiten der Transitionen, sei es durch bessere Bestimmungen oder durch die Verfügbarkeit anderer Möglichkeiten, gelangt man schließlich zum unverzichtbaren Extraktivismus.

Notwendig dabei ist, alle Dimensionen der extraktivistischen Projekte zu evaluieren, nicht nur ihre Rentabilität, wie es derzeit geschieht, sondern auch den ökonomischen Aufwand sowie die sozialen und ökologischen Folgen. Dies muss in einer rechtmäßigen und pluralen Atmosphäre demokratischer

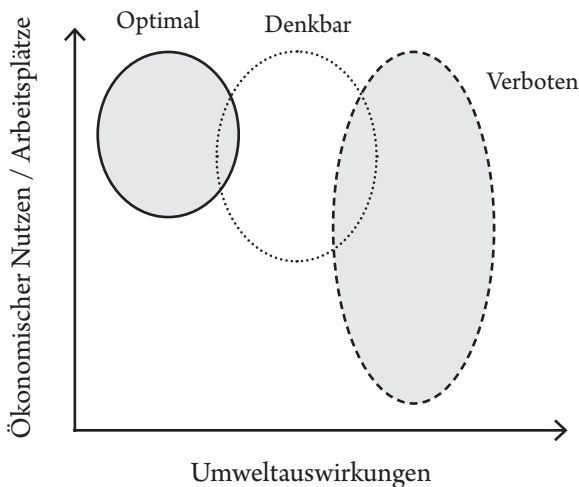


Bild 3. Schematische Darstellung eines konzeptionellen Rahmens zur Einbeziehung der ökologischen Dimension in die Projekt-Evaluation.

Diskussion stattfinden, wo Risiken, Folgen und möglicher Nutzen gegeneinander abgewogen werden. Die letztendliche Entscheidung über „erwägenswerte“ Projekte darf nicht allein von Fachleuten und Minister_innen getroffen werden, sondern bedarf eines inklusiven Diskussionsprozesses.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Sozial- und Umweltstandards im extraktivistischen Sektor schwer durchzusetzen sind, da hier gewaltige Interessen im Spiel sind. Es ist daher notwendig, einerseits demokratische *Governance* zu stärken und andererseits den ökonomischen Reduktionismus in der Analyse zu beenden.

Wirtschaft, Preise und Wert

Ein Großteil des Widerstands gegen den Post-Extraktivismus stützt sich auf das Argument, eine Verringerung der Exporte aus Bergbau und Erdöl würde den Zusammenbruch der nationalen Ökonomien bedeuten. In Erwiderung darauf muss zunächst in Erinnerung gerufen werden, dass der konventionellen Ökonomie neoklassischer Provinienz strenge Grenzen gesetzt sind, wozu eine defizitäre Bestimmung ökonomischer Werte gehört. Derzeit fließen die sozialen und ökologischen Kosten nicht in die Rohstoffpreise ein. Es handelt sich um verfälschte Preise, welche die externen Effekte nicht internalisieren. Ein erster Schritt in Richtung jeglicher Alternative besteht in der sozialen und ökologischen Korrektur dieser Preise.

In der Konsequenz müssten die Kosten-Nutzen-Analysen so umgearbeitet werden, dass sie auch die sozialen und ökologischen Kosten enthalten. Bisher waren diese jedoch extrem simpel. Sie enthielten lediglich die Kosten für beispielsweise den Kauf von Maschinen oder die Zahlung von Löhnen, nie jedoch die Kosten für den Verlust von Naturkapital, für Umweltverschmutzung oder Umsiedelung von Gemeinschaften. Würde man damit beginnen, Kosten-Nutzen-Rechnung und -Analyse mit Ernsthaftigkeit zu betreiben, würden die Kosten natürlich steigen und verschiedene extraktivistische Unternehmungen wären nicht mehr vertretbar.

Die ökonomische Wertermittlung ist ebenfalls mangelhaft. Es ist notwendig, die Wertermittlung auf andere Dimensionen auszudehnen, etwa ökologische, ästhetische, kulturelle Werte etc., was die Verwendung sogenannter Multikriterien-Analysen implizieren würde.

Eine ökologische und soziale Korrektur der Preise für extraktivistische Rohstoffe würde mit Sicherheit höhere Werte zur Folge haben, was möglicherwei-

se auch ein geringeres Exportvolumen bedeuten würde, wodurch wiederum die Staatseinnahmen sinken würden. Daher wäre ein erster Schritt die Überprüfung der Steuerlasten im Bergbau.

Abgaben und Steuern sind heute in vielen extraktiven Bereichen sehr niedrig, beziehungsweise existieren Möglichkeiten zu ihrer Umgehung. Daher ist eine grundsätzliche Veränderung der Steuerpolitik in diesem Sektor notwendig. Da die extraktiven Unternehmungen derzeit eine enorme Rentabilität aufweisen (37 Prozent im Zeitraum 2008/09), ist es möglich, hier die Steuerlast zu erhöhen. In diesem Sinne haben Sotelo und Francke (2011) ein Szenario untersucht, das von der Stilllegung der zwischen 2007 und 2011 gestarteten extraktiven Projekte in Peru ausgeht, was einem behutsamen Extraktivismus nahe kommen würde. In diesem Fall würde es demnach zu Exportverlusten in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar kommen, wobei die Verringerung der internationalen Nettoreserven Perus erträglich wäre. Würde man jedoch noch einen Schritt weiter gehen und daneben auch die Erträge der weiterhin produzierenden Unternehmen besteuern, würde sich dies sogar positiv auf die Zahlungsbilanz auswirken sowie einen Anstieg der internationalen Reserven nach sich ziehen.

Was den Handel angeht, ist davon auszugehen, dass bei einer Preiserhöhung für Primärprodukte die internationalen Käufer_innen andere Anbieter_innen suchen, oder versuchen, für einen Ersatz durch eigene Ressourcen zu sorgen. Dies könnte einigen warnenden Stimmen zufolge einen Einbruch des Außenhandels zur Folge haben – was vermutlich eines der am häufigsten geäußerten Gegenargumente gegen die Transitionsmodelle ist.

Hier müssen mehrere Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Zuerst ist die regionale Koordination und Harmonisierung zwischen den verschiedenen lateinamerikanischen Staaten notwendig, sowohl bei den Exportpreisen als auch bei den Sozial- und Umweltauflagen für Investoren. Eine solche Koordination ist nötig für die Preiskontrolle. Dadurch könnte vermieden werden, dass die extraktivistischen Unternehmen einen Staat zu isolieren versuchen, indem sie die Rohstoffe einfach in den Nachbarländern kaufen. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Extraktive Themen müssen einen Platz innerhalb der Verhandlungen über die regionale Integration einnehmen (ein Punkt, der weiter unten noch diskutiert werden soll). Die Erfahrungen bei der Kontrolle von Preisen und Aktien im internationalen Handel müssen wieder nutzbar gemacht werden.

Da es jedoch mit Sicherheit nicht möglich sein wird, für alle Ressourcen Alternativenanbieter_innen oder Ersatz zu finden, deutet alles darauf hin, dass ein gewisser Außenhandel mit extraktivistischen Waren weiter bestehen würde. Sicherlich wäre das Exportvolumen niedriger, ein Teil dieser Verringerung würde jedoch durch höhere Weltmarktpreise kompensiert.

Es gibt allerdings noch eine andere ökonomische Kompensation, denn (verdeckte oder offene) Subventionen für extraktivistische Unternehmungen würden entfallen. Tatsächlich ist es weit verbreitet, dass Regierungen bei dem Versuch Investitionen „anzulocken“, Unterstützungen in Form von Infrastruktur, Energie oder Steuererleichterungen gewähren. Dabei handelt es sich um verdeckte Subventionen, durch die der Staat den Extraktivismus fördert. Bei diesen „perversen Subventionen“ findet ein richtiggehender Transfer von der Gesellschaft zum Großkapital statt.

In den post-extraktivistischen Transitionen werden solche Praktiken abgeschafft. Da der Staat die perversen Subventionen nicht mehr finanziert, kann er das dadurch „Gesparte“ für Produktionsumstellungen verwenden. Das soll nicht heißen, dass Subventionen völlig aufgegeben werden sollten, vielmehr geht es darum, nur noch „legitime Subventionen“ zu zahlen, mit denen Aktivitäten gefördert werden, die zu einer verhältnismäßig größeren Beschäftigung führen, eine sauberere oder weniger umweltschädliche Produktion und mehr Produktionsketten in der Wirtschaft zur Folge haben.

Solche Argumente haben dazu geführt, dass in Südamerika damit begonnen wurde, die staatlichen Etats zu überprüfen. In vielen Fällen existieren Verschwendung oder perverse Subventionen. Das Problem sind nicht immer fehlende Mittel, vielmehr geht es darum, öffentliche Ausgaben effizienter zu gestalten und angemessene Zwecke zu definieren.

Eine weitere häufig geäußerte Befürchtung in Bezug auf die Alternativen zu Entwicklung betrifft den Verlust von Arbeitsplätzen. Die verfügbaren Zahlen zeigen, dass der Extraktivismus relativ wenig Arbeitsplätze schafft (beispielsweise 1,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Peru, unter ein Prozent in Ecuador; Sotelo/Francke 2011; Varela 2010). Zum anderen zerstört die Ansiedlung extraktiver Projekte viele lokale Arbeitsplätze, etwa in der Landwirtschaft, woraus sich eine Menge Fragezeichen im Hinblick auf die tatsächliche Endbilanz ergeben. Eine post-extraktive Transition muss also Produktionsbetriebe mit einem hohen Bedarf an Arbeitskräften vorantreiben. Hier können

die Rückkehr und die Stärkung der Landwirtschaft wegweisend sein, insbesondere ihrer biologischen und agrarökologisch ausgerichteten Zweige.

Es wird auch notwendig sein, Arbeitsstellen im industriellen Sektor zu diversifizieren und auszubauen, sowohl was die Betriebe angeht, als auch die mit ihnen verbundenen Dienstleistungen. Internationale Erfahrungen haben beispielsweise gezeigt, dass die Verschärfung von Umweltnormen im Industriesektor dazu geführt hat, dass mehr Stellen geschaffen werden, als durch die Schließung „schmutziger“ Industrien verloren gehen. Das ist dem Umstand geschuldet, dass Tätigkeiten im Umweltschutz, etwa die Kontaminationsüberwachung in einer Fabrik, von Menschen ausgeübt werden müssen und nicht automatisiert werden können.

Prozessentkoppelung

In den Transitionen zum Post-Extraktivismus werden verschiedene Wirtschaftskreisläufe voneinander getrennt oder entkoppelt. Ein Beispiel ist der Export von Rohstoffen mit dem Ziel, die Importe (Kapital- oder Güterimporte) aufrecht zu erhalten. Diese Zusammenhänge werden üblicherweise monetär erfasst, verwendet man jedoch physische Indikatoren, stellen sich viele Überraschungen ein. Vergleicht man etwa für Ecuador die Höhe der Exporte in Tonnen mit der Tonnenanzahl der Importe (in einer sogenannten physischen Handelsbilanz), so lässt sich von 1972 an ein wachsender Exportüberschuss feststellen, der 2006 bei 20 Millionen Tonnen lag im Vergleich zu damals fünf Millionen Tonnen. Der Saldo der monetären Handelsbilanz sank hingegen von 1970 bis 2007 jedes Jahr um durchschnittlich 1,3 Prozent (Vallejo 2010).

Dieses abartige Verhältnis muss zerstört werden, sowohl durch eine Preiskorrektur als auch durch die Aufgabe seiner wesenhaften Struktur, dem Kauf von Produkten auf dem Weltmarkt, bei denen es sich vielfach um Luxusgüter mit gravierenden sozialen und ökologischen Auswirkungen handelt.

Im Post-Extraktivismus wird auch die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von der anderweitigen Entwicklung angestrebt, vor allem von einer an Wohlstand orientierten. Dazu liegen viele Erkenntnisse vor, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeiten der Armutsbekämpfung und Schaffung von mehr Gerechtigkeit, ohne lediglich auf Verteilungseffekte zu vertrauen. Es muss jedoch betont werden, dass eine solche Entkopplung von anderweitiger Entwicklung und Wachstum nicht zwangsläufig einen „Wachstumsrückgang“ beinhaltet.

Momentan herrscht einiges an Verwirrung über diesen Begriff, der leichtfertig von Europa auf Lateinamerika übertragen wird. Seinem bekanntesten Befürworter zufolge war Wachstumsrückgang in seiner ursprünglichen Bedeutung eine fundamentale Kritik an der konventionellen Entwicklung (Latouche 2009). Andererseits existiert eine aktuellere Interpretation, die eine Wirtschaftsreduktion anstrebt, so wie beispielsweise von Joan Martínez Alier (2008) konzipiert. Dabei geht es um einen Wachstumsrückgang als „Verkleinerung“, so lange dieser „sozial“ nachhaltig ist. Eine solche Veränderung wäre für Lateinamerika jedoch sehr riskant, denn man kann nicht verlangen, eine nationale Ökonomie im Ganzen zurückzufahren. Dadurch werden nicht die Ungleichheiten im Zugang zu Wohlstand beseitigt, notwendiges Wachstum in bestimmten Bereichen (etwa Hygiene und Gesundheit) bleiben unberücksichtigt und insgesamt werden die eigentlichen Entwicklungsprobleme der Region dabei nicht angegangen. Wachstumsrückgang als Kontraktion ist verständlich für Ökonomien mit hohem Konsum und Überfluss, wie dies etwa für Deutschland gilt. Das Konzept kann jedoch nicht leichtfertig auf Lateinamerika übertragen werden.

Ein Wachstumsrückgang im ursprünglichen Sinne Latouches, für den er „ein politischer Slogan mit theoretischen Implikationen“ ist, um „mit der stereotypen Sprache der Anhänger des Produktionsfetischismus zu brechen“ (Latouche 2009), ist jedoch vollständig mit den hier vorgestellten Transitionen vereinbar. Dennoch existieren in Lateinamerika bereits tradiertere und gängigere Bezeichnungen, vor allem der Begriff der „Post-Entwicklung“, wie er von dem Mexikaner Gustavo Esteva und dem Kolumbianer Arturo Escobar geprägt wurde.

Das Konzept einer „Post-Entwicklung“ stiftet bei der Rezeption in Lateinamerika zugleich weniger Verwirrung als das eines „Wachstumsrückgangs“. Selbst in einem post-extraktivistischen Szenario für Südamerika muss es in einigen Bereichen ein Wachstum geben (beispielsweise bei der Infrastruktur für Gesundheit, Wohnraum, Bildung oder Hygiene), in anderen jedoch einen Rückgang (etwa bei Luxusgütern).

Armut und Sozialpolitik

Die post-extraktivistischen Transitionen müssen ganz klar auf die Beendigung der Armut ausgerichtet sein. Dieses Ziel muss ehrgeiziger und schneller ange-

gangen werden, als beispielsweise bei den Millennium-Entwicklungszielen, die nur eine Reduktion anstreben. Es geht nicht darum, die Armut zu verringern, sondern sie vollständig zu beseitigen.

Dies beinhaltet beispielsweise eine gute Ernährung, Zugang zu Gesundheit und Bildung sowie eine gute Lebensqualität zu gewährleisten. Finanzielle Leistungen hingegen werden nur als Notfallmaßnahme und Zwischenschritt innerhalb einer Transition befürwortet (abgesehen von der Übereinstimmung mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, wobei dieses auf einer anderen konzeptionellen Basis beruht und anders funktioniert). Es wäre beispielsweise ein Leichtes, die Mangelernährung in Südamerika zu beseitigen, da der Subkontinent eine Lebensmittel exportierende Region ist. Die zu ergreifende Maßnahme besteht darin, die Produktion wieder auf die nationalen und regionalen Bedürfnisse auszurichten, anstatt Lebensmittel als „Waren“ oder Tierfutter für den Weltmarktexport zu produzieren.

Die Instrumente finanzieller Transfers an die Ärmsten sind als Übergangsmaßnahme akzeptabel. Sie sollten allerdings vor allem als Notfallmaßnahme verstanden werden, mit denen die am meisten verwundbaren Gruppen der Gesellschaft aus Not und extremer Armut befreit werden können, jedoch nicht als dauerhaftes Mittel. Es ist zudem erforderlich, die Diskussionen über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wieder aufzunehmen, das mit Sicherheit nicht aus dem Extraktivismus finanziert werden kann. Die Debatte ist nicht neu, insbesondere bei zivilgesellschaftlichen Organisationen; sie wurde jedoch nicht einmal von den progressiven Regierungen aufgegriffen. Daher ist es ebenso notwendig, einerseits die Rolle des Staats neu zu verhandeln, vor allem bei der Verteilung der Staatsausgaben. Andererseits muss bei der Prioritätensetzung in der Produktion zunächst die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Blick genommen werden, bevor man auf Exportabsätze schießt. Das ist Aufgabe der Sozialpolitik, die wieder ernst genommen werden sollte.

Naturschutz und Rechte der Natur

Der Naturschutz hat neben der Beseitigung von Armut innerhalb der Modelle der Alternativen zu Entwicklung höchste Priorität: Die Rechte der Natur müssen anerkannt werden, so wie sie in der neuen ecuadorianischen Verfassung verankert wurden. Außerdem müssen entschiedene Programme zum Schutz der Natur aufgelegt werden, durch die das weitere Aussterben von Arten ver-

hindert und das Fortbestehen der Ökosysteme gesichert wird.

Bei der Erreichung dieser Ziele sind verschiedene Aspekte zu beachten. Wie bereits angeführt, müssen Naturschutzgesetze wirksam implementiert werden, statt diese auszuhöhlen oder zu missachten, um extraktivistische Projekte voranzutreiben. Dazu gehören Maßnahmen wie die Stärkung des Systems der Schutzgebiete oder die rigorose Anwendung von Umweltauflagen und -kontrollen.

Daneben wird auch die Ausdehnung des zu schützenden Anteils von Flächen in Naturschutzgebieten auf 50 Prozent gefordert. Die derzeit unter Schutz stehenden Flächen reichen nicht aus, um das Überleben der Arten in langen, evolutionsgemäßen Zeiträumen zu gewährleisten. Um das zu erreichen, sind deutlich größere Umweltschutzgebiete notwendig (Noss & Cooperrider 1994).

Weiterhin ist eine Anpassung der Raumordnung erforderlich, die nicht nur von sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung ist, sondern ebenso im Hinblick auf die Umwelt. Auch hier ist die regionale Integration der Länder Südamerikas notwendig, damit kontinentale Schutzstrategien entworfen werden können.

Diese Auflagen bedeuten nicht, dass jede Nutzung durch den Menschen oder gar dessen Anwesenheit in diesen Zonen verboten werden soll, vielmehr werden weniger umweltschädliche Projekte zulässig sein (etwa die agrarökologische Produktion). Es wird wichtiger werden, die Produktionstypen einer Ökoregion mit denen anderer Einwohner_innen zu verbinden.

Eine neue Integration und die Selbstbestimmung gegenüber der Globalisierung

Die neuen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten der post-extraktivistischen Transitionen führen zu höheren Kosten und eingeschränkten Investitionsmöglichkeiten. Daher ist anzunehmen, dass viele Konzerne die Investitionen in einem Land mit derartigen Bedingungen aufgeben, um einfach in andere Länder weiterzuziehen, die noch im extraktivistischen Modell verhaftet sind.

Dieses Szenario ist realistisch und bedarf genauerer Betrachtung. Im Ergebnis dürfen die Transitionen jedoch nicht für falsch erklärt oder aus Resignation das derzeitige Modell beibehalten werden. Im Gegenteil: Die Lösung dieses Problems liegt wiederum auf internationaler Ebene. Gruppen von Staaten müssen ähnliche Vorgaben und Auflagen koordiniert einführen und die Har-

monisierung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Themen erreichen. Dies würde ein „Weiterwandern“ der extraktiven Projekte in Länder mit niedrigeren Standards verhindern.

Dafür muss allerdings die regionale Integration anders organisiert werden. Staatenbündnisse, wie die Andengemeinschaft oder der MERCOSUR, müssen wieder mit Macht ausgestattet werden. Sie müssen Raum für die Verhandlung von beispielsweise regionalen Abkommen für den Bergbau-, Erdöl- oder Landwirtschaftssektor bieten, in denen die Sozial- und Umweltstandards zwischen den Ländern harmonisiert werden. Zurzeit werden solche Abkommen innerhalb der Staatenblöcke nicht verhandelt. Tatsächlich konkurrieren die beteiligten Staaten untereinander und bieten ihre Rohstoffe im Rahmen des sogenannten offenen Regionalismus feil, der von der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) angeregt wurde und der Globalisierung dient.

Die post-extraktivistischen Transitionen bedürfen der regionalen Koordination und Verknüpfung der Produktion sowie der Erlangung der Selbstbestimmung gegenüber der Globalisierung. Diese Position wurde als „autonomer Regionalismus“ bezeichnet, um sie klar von der „offenen“ Version der CEPAL abzugrenzen. Die regionale Koordination muss sich in der Rohstoffpolitik sowohl auf die Produktion als auch auf die Umwelt beziehen, wo sich die Länder im Zugang zu notwendigen Naturressourcen ergänzen. Gleichzeitig müssen auch Fertigung und Dienstleistungen koordiniert werden, damit eine eigene Industrialisierung ermöglicht wird und der Kreislauf durchbrochen wird, der dazu zwingt, den Weltmarkt zum Kauf von Fertiggütern mit Rohstoffen zu beliefern. Die nationalen Industrien müssen gestärkt werden, jedoch in regionaler Zusammenarbeit, mit auf mehrere Länder verteilten Produktionsketten.

Offene Chancen und mögliche Wege

In diesem Beitrag sind einige zentrale Elemente zur Eröffnung von neuen Wegen möglicher Transitionen zum Post-Extraktivismus dargestellt worden. Die Debatte wird, mit je eigenen Schwerpunkten, in verschiedenen Ländern Südamerikas geführt. Der bereits zurückgelegte Weg, vor allem in den Andenstaaten, ist dabei sehr wichtig. Es wird eine Vielzahl von Informationen, Alternativen und Maßnahmen diskutiert, die sich mit eigenen Untersuchungen in Südamerika befassen oder Reflexionen aus anderen Ländern aufgreifen.

Die Schaffung von post-extraktivistischen Transitionen bedarf politischer Akteur_innen. Verschiedene Organisationen und zivilgesellschaftliche Bewegungen finden hier zusammen. Die Aufgabe ist besonders komplex, da diese Art von Transitionen eine Neuorientierung politischer und parteilicher Positionen erfordert. Zum einen liegt ein Großteil der Antworten nicht notwendigerweise im Bereich der alten politischen Traditionen, zum anderen muss die Konstruktion von Alternativen in Südamerika unbedingt plurikulturell organisiert sein. Transitionen sind von ihrem Wesen her nicht einheitlich, sie vollziehen sich in der Pluralität von Werten und gesellschaftlichen Auffassungen. Alle eint jedoch das Bewusstsein von der Dringlichkeit, mit der die sozialen und ökologischen Auswirkungen des derzeitigen Extraktivismus anzugehen sind.

Literatur

Alayza, Ana & Eduardo Gudynas [Hg.] (2011): *Transiciones. Post extractivismo y alternativas al extractivismo*; Lima: CEPES, RedGE & CLAES.

Hopkins, R. (2008): *The transition handbook*; Chelsea Green: White River Junction.

Jackson, T. (2009): *Prosperity without growth. Economics for a finite planet*; London: Earthscan.

Latouche, S. (2009): *Pequeño tratado del decrecimiento sereno*; Barcelona: Icaria.

Martínez Alier, J. (2008): „Decrecimiento sostenible“; In: *Ecología Política*; Nr.35, April, Paris, S. 51-58.

Noss, R.F. & A.Y. Cooperrider (1994): *Saving nature's legacy*; Washington DC: Island Press.

Parris, T.M. & R.W. Kates (2003): „Characterizing a sustainability transition: Goals, targets, trends, and driving forces“; In: *Proceeding National Academy Sciences*, 100(14), S. 8068-8073.

SENPLADES (2009): *Plan nacional para el Buen Vivir, 2009-2013*; Quito: SENPLADES (Secretaría Nacional de Planificación).

Sotelo, B. & P. Francke (2011): „¿Es económicamente viable una economía post-extractivista en el Perú?"; In: Ana Alayza & Eduardo Gudynas (Hg.): *Transiciones. Post extractivismo y alternativas al extractivismo*; Lima: CEPES, RedGE & CLAES, S.115-141.

Vallejo, M.C. (2010): „Perfil socio-metabólico de la economía ecuatoriana"; In: *Ecuador Debate*, Nr. 79, Quito, S. 47-60.

Varela, M. (2010): „Las actividades extractivas en Ecuador"; In: *Ecuador Debate*, Nr. 79, Quito, S. 127-149.

Anmerkung

Der Beitrag des Autors wurde aus dem Spanischen übersetzt.